



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

29. Jahrgang

Heft 10

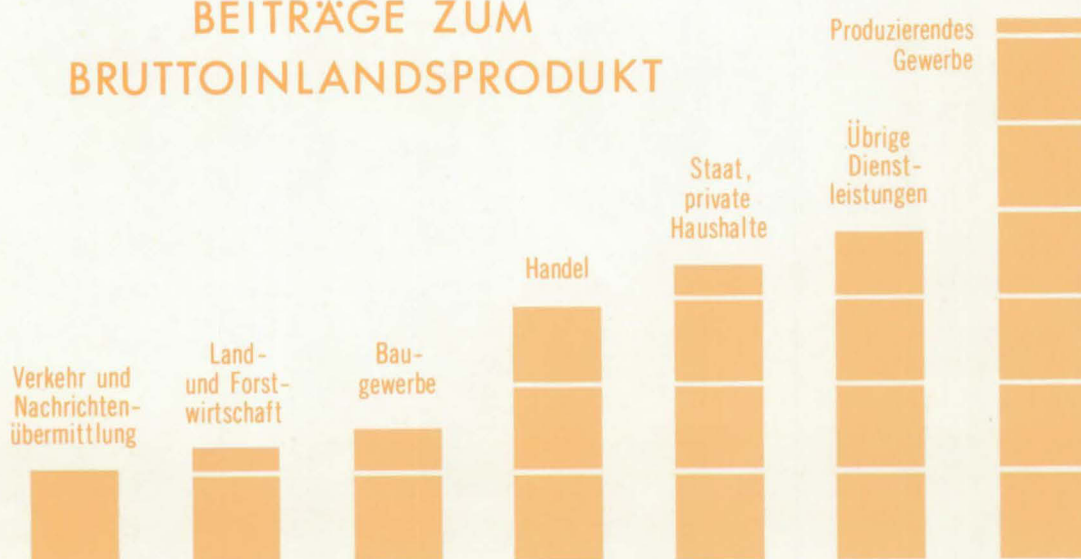
Oktober 1977

Aufsätze: Lehrernachwuchs
Erwerbscharakter landwirtschaftlicher Betriebe
Bautätigkeit

„Lange Reihen“ (Vorabdruck)

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1976	1977	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt März bis Juli			
VERARBEITENDE INDUSTRIE ¹					
Produktionsindex	1970 = 100
Beschäftigte	1 000	.	164	.	.
Umsatz ²	Mill. DM	.	1 972	.	.
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	.	18	.	.
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	6,8	7,0	+	3
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	1 611	1 411	-	12
HANDEL					
Ausfuhr	Mill. DM	428,4	541,3	+	26
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	347,8	434,3	+	25
VERKEHR					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	10 339	11 487	+	11
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)					
Einfuhrpreise	1970 = 100	152,1	156,6	+	3
Grundstoffpreise ³	1970 = 100	146,4	150,6	+	3
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte ³	1970 = 100	140,4	144,6	+	3
landwirtschaftlicher Produkte ³	1970 = 100	149,8	145,5	-	3
Lebenshaltung ⁴					
insgesamt	1970 = 100	140,8	146,4	+	4
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	137,5	144,7	+	5
GELD UND KREDIT					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite ⁵	Mill. DM	5 510	5 874	+	7
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	24 317	27 836	+	14
Spareinlagen	Mill. DM	10 946	11 776	+	8
STEUERAUFKOMMEN					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁷	Mill. DM	105	110	+	5
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	103	127	+	23
Lohnsteuer	Mill. DM	181	202	+	12
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	254	292	+	15

- 1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschließlich Bergbau, aber ohne öffentliche Energie- und Wasserversorgung und ohne Bauindustrie. Die Ergebnisse ab Januar 1977 sind mit denen aus früheren Jahren infolge Einführung eines neuen Konzepts nur bedingt vergleichbar; siehe hierzu sowie bezüglich der verwendeten Begriffe die Vorbemerkungen zum Statistischen Bericht E 1 1/2
- 2) ohne Umsatzsteuer 3) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 4) alle privaten Haushalte
- 5) an die Nichtbankenkundschaft 6) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite
- 7) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

29. Jahrgang · Heft 10

Oktober 1977

Aktuelle Auslese



Gemeindesteuern im 1. Halbjahr 1977

Die schleswig-holsteinischen Gemeinden und Gemeindeverbände haben im 1. Halbjahr 1977 Steuern in Höhe von 606 Mill. DM eingenommen. Das sind 44 Mill. DM oder 7,9 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital trug am meisten zu dieser Zunahme bei. Den Gemeinden verblieben nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 233 Mill. DM und damit 21 Mill. DM oder 10,1 % mehr als im 1. Halbjahr 1976. Demgegenüber entwickelten sich die Einnahmen aus den Grundsteuern unterdurchschnittlich. Der aus den neuen Einheitswerten resultierende bisherige kräftige Anstieg der Grundsteuer B scheint zurückzugehen.

	1. Halbjahr		Veränderung in %
	1976	1977	
	Mill. DM		
Steuereinnahmen insgesamt	561,8	606,0	+ 7,9
Grundsteuer A	14,0	14,3	+ 2,2
Grundsteuer B	80,8	83,8	+ 3,7
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto)	211,9	233,2	+ 10,1
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	178,0	191,7	+ 7,7



Industrielle Wochenarbeitszeit nur scheinbar unverändert

Die im April 1977 bezahlte durchschnittliche Wochenarbeitszeit aller Industrie- und Bauarbeiter Schleswig-Holsteins von 42,1 Stunden blieb im Vergleich zum April 1976 unverändert. In den einzelnen Wirtschaftshauptbereichen war jedoch eine unterschiedliche Entwicklung zu beobachten. Die Energie- und Wasserversorgungswirtschaft (+ 2,9 %) und die Verbrauchsgüterindustrien

(+ 1,7 %) führten die Gruppe der vier Bereiche mit steigender bezahlter Wochenarbeitszeit an. Rückläufig entwickelte sich die Arbeitszeit in der Investitionsgüterindustrie (– 1,9 %) sowie im Hoch- und Tiefbau (– 0,7 %). Die höchste Wochenarbeitszeit wurde mit 44,0 Stunden in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie nachgewiesen, die niedrigste im Hoch- und Tiefbau mit 41,2 Stunden.

Die in den bezahlten Wochenarbeitsstunden enthaltene Mehrarbeitszeit ging im Vergleich zum Vorjahresmonat tendenziell zurück. Hiervon waren insbesondere die männlichen ungelerten Arbeiter und Hilfsarbeiter betroffen, die fast in allen Wirtschaftsbereichen den Abbau der mit der Mehrarbeitszeit verbundenen Überstundenzuschläge hinnehmen mußten. Diese Entwicklung war sicher auch durch die Arbeitsmarktlage beeinflusst, da unter den Arbeitslosen, die auf eine Eingliederung in den Arbeitsprozeß drängten, vermutlich noch immer überproportional viele ungelernete Arbeiter sind.



Schweinebestände weiter aufgestockt

Nach dem endgültigen Ergebnis der Viehzwischenzählung vom 3. August 1977 wurden in Schleswig-Holstein 1,86 Mill. Schweine gehalten. Darunter waren etwa 538 000 Ferkel (unter 20 kg Lebendgewicht), 1 118 000 Jung- und Mastschweine (ab 20 kg Lebendgewicht) sowie 192 000 Zuchtsauen (mit 50 kg und mehr Lebendgewicht). Der Schweinebestand insgesamt war um 5 % größer als im gleichen Vorjahresmonat.

Die seit 2 Jahren festgestellte Aufstockung der Zuchtsauenbestände hielt weiterhin an. Gegenüber August 1976 wurde nochmals eine Zunahme von 7 % ermittelt.

Während der Ferkelbestand, der im Dezember 1976 nur eine Zuwachsrate von 2 % und im April 1977 eine Abnahme von 3 % jeweils gegenüber dem entsprechenden Vorjahresstand zu verzeichnen hatte, nunmehr einen Jahreszuwachs von 7 % aufwies, waren die Bestände an Jung- und Mastschweinen um 4 % größer als vor Jahresfrist.

Lehrernachwuchs

Allgemeines

Ein Studium für ein Lehramt wird in Schleswig-Holstein an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und an den pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg angeboten. An beiden pädagogischen Hochschulen können die Studenten zum Grund- und Hauptschullehrer oder zum Realschullehrer ausgebildet werden. Die Kieler Hochschule bietet darüberhinaus auch noch den Studiengang des Sonderschullehrers an, wobei das Grundstudium an beiden pädagogischen Hochschulen vorausgegangen sein kann. Das sich anschließende Hauptstudium ist nur am Institut für Heilpädagogik der Pädagogischen Hochschule Kiel möglich. Die Christian-Albrechts-Universität bietet ebenfalls die Ausbildung zum Realschullehrer an. Vor allem aber wird hier die Abschlußprüfung zum Lehramt an Gymnasien angestrebt. Der Vollständigkeit halber muß noch auf die Musikhochschule in Lübeck hingewiesen werden, die Studenten zum Musikerzieher an Gymnasien ausbildet. Wegen der geringen Zahl wird allerdings auf eine weitere Darstellung dieser Immatrikulierten verzichtet.

An den beiden pädagogischen Hochschulen und der Christian-Albrechts-Universität werden die Lehramtsanwärter auf das erste Staatsexamen vorbereitet, durch das sie ihre wissenschaftliche Befähigung nachweisen sollen. Für die Vorbereitung auf das zweite Staatsexamen besucht der Nachwuchslehrer dann die Seminare des Landesinstituts Schleswig-Holstein für Praxis und Theorie der Schule (IPTs). Dort erhält er in drei bis vier Semestern die pädagogische Ausbildung für die einzelnen Lehrämter.

Abiturienten, die Lehrer werden wollen

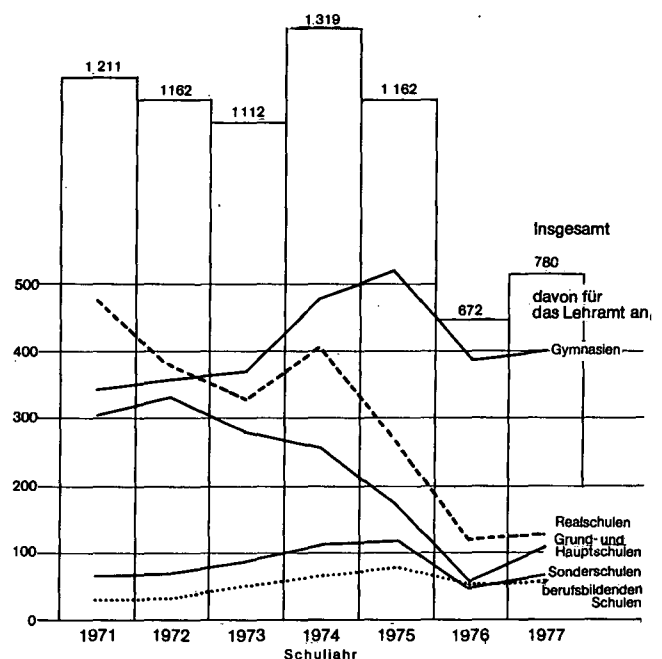
Erste Anhaltspunkte über den Lehrernachwuchs erhält man durch die Kenntnis der Studienabsichten der Schüler im Sekundarbereich II. Im Rahmen einer Individualerhebung werden seit 1971 jeweils ein Vierteljahr vor der Schulentlassung die Schüler, die die Schule mit der allgemeinen oder der Fachhochschulreife verlassen wollen, nach ihren Studien- und Berufswünschen befragt. Die Ergebnisse von sieben Jahren dieser Befragung zeigen für Schleswig-Holstein eine rückläufige Tendenz der Studienwilligkeit: 1971 wollten 83% der 3 520 erfaßten Schüler studieren, 1977 bekundeten nur noch 68% der 5 087 Schüler ein Interesse am Studium. Ein Grund für die Abnahme der allgemeinen Studienwilligkeit kann die nachlassende Attraktivität des Lehrerberufs sein. Verringerte Chancen auf eine sichere Beschäftigung als Lehrer führten

unter Umständen dazu, daß 1977 nur 22% der 3 480 studienwilligen Schüler vorhatten, eine Lehrbefähigung anzustreben. Mit 19% war der Anteil der potentiellen Lehrer 1976 am niedrigsten. 1971 hatten dagegen 41% der studienwilligen Schüler den Wunsch geäußert, ein Lehrerstudium aufzunehmen.

Das nachlassende Interesse an der Ausbildung zum Lehrer spiegelt sich auch in den Zahlen der studienwilligen Schüler für die einzelnen Lehrämter wider. In der Graphik ist deutlich zu erkennen, daß gegenwärtig lediglich das Studium für das Lehramt an Gymnasien verhältnismäßig oft als Ausbildungsziel gewünscht wird: 1977 wollten 404 (52%) der 780 Studienwilligen, die als Studienwunsch die Ausbildung zum Lehrer angaben, die Lehrbefähigung an Gymnasien anstreben. Für das Lehramt an Realschulen interessierten sich 129 Schüler (17%) und für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen 115 Schüler (15%). Vor sechs Jahren ergab die Befragung ein anderes Bild. Bevorzugtes Lehramtsstudium war 1971 das Lehramt an Realschulen. Von den 1 211 Schülern, die sich damals für eine Lehrerausbildung interessierten, wollten 474 Schüler (39%) später an einer Realschule unterrichten. Aber auch für den Lehrerberuf an Gymnasien und Grund- und Hauptschulen bestand ein großes Interesse: 341 Schüler (28%) beabsichtigten, das Lehramt an Gymnasien und 302 Schüler (25%) das an Grund- und Hauptschulen zu erwerben. Seitdem ist die Häufigkeit des Wunsches, später einmal an einer dieser

Schüler mit dem Studienziel Lehrer

D - 4886



beiden Schularten zu unterrichten, sichtbar zurückgegangen, während die Neigung für das Lehramt an Gymnasien 1977 verbreiteter war als 1971. Die Ausbildung zum Sonderschul- und Berufsschullehrer wollten nach den vorliegenden Ergebnissen stets weniger Schüler anstreben als für die übrigen Schulformen. Absolut wie auch relativ war hier die Entwicklung einigermmaßen stabil.

Die geschlechtsspezifische Untersuchung der Ergebnisse zeigt zunächst, daß die Studienwilligkeit der Frauen stärker abgenommen hat als die der Männer. 1971 wollten noch 82% und 1972 sogar 86% der in Frage kommenden Schülerinnen studieren. Fünf Jahre später interessierten sich nur 61% der befragten Mädchen für ein Studium, wobei die absolute Zahl der weiblichen Studienberechtigten weiterhin stieg. Bei den Männern verringerte sich die Studienwilligkeit innerhalb von sechs Jahren nur um 11 Prozentpunkte auf 73% im Jahre 1977. Mit dieser Entwicklung geht einher, daß der Wunsch der studienwilligen Frauen, sich zum Lehrer ausbilden zu lassen, gegenüber 1971 erheblich zurückgegangen ist. Damals wollte noch gut jede Zweite (58%) den Beruf des Lehrers ergreifen. Bis 1975 ging der Anteil der Schülerinnen mit dem Berufswunsch "Lehrer" kontinuierlich auf 45% zurück, um dann ein Jahr später auf 27% sprunghaft abzufallen und 1977 wieder auf 32% leicht anzusteigen. Für die Männer zeigt sich diese Entwicklung in abgeschwächter Form: 1971 beabsichtigten 29% der studienwilligen Schüler Lehrer zu werden, 1975 betrug dieser Anteil immerhin noch 23% und 1977 ging er dann auf 14% zurück.

Die Zahlen zeigen zweierlei: Die studienwilligen Schülerinnen interessieren sich verstärkt auch für andere Studiengänge, gleichzeitig ist die Bereitschaft zu studieren besonders bei Frauen zurückgegangen. Beide Beobachtungen sind sicherlich Reaktionen auf die veränderten Berufsaussichten des Lehrers. Offensichtlich sehen die Schülerinnen zum Lehrerstudium weniger Alternativen im Hochschulbereich als Männer und verzichten daher überhaupt auf ein Studium.

Trotzdem bleibt der Lehrerberuf bevorzugt ein Frauenberuf. Das zeigt jedenfalls die geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Schüler, die ein Lehrerstudium aufnehmen wollten. Der Anteil der Schülerinnen an dieser Gruppe lag seit 1971 zwischen 56% und 62%. Für die einzelnen Schularten ergibt sich ein differenzierteres Bild. Das Interesse der weiblichen Schüler konzentriert sich auf den Grund- und Hauptschullehrer und den Sonderschullehrer. Hier pendelte der Frauenanteil zwischen 80% und 87%. Auch auf das Lehramt an Realschulen reflektierten vor allem die

weiblichen Abiturienten. 1971 betrug ihr Anteil 67% und 1977 64%. Dagegen wollen Männer vorzugsweise an Gymnasien unterrichten. Das jedenfalls vermitteln die vorliegenden Zahlen, wonach 1971 68% der Schüler, die dieses Studium vorhatten, männlichen Geschlechts waren. Doch wurde diese Domäne der Männer im Zeitablauf abgebaut: 1977 äußerten mit einem Anteil von 51% erstmals mehr Frauen als Männer den Wunsch, die Lehrbefähigung an Gymnasien zu erwerben.

Für die Darstellung des Lehrernachwuchses stellt sich auch die Frage nach den gewünschten Unterrichtsfächern. Ein grober Hinweis hierfür sind die Angaben über die Studienfächer, die die zukünftigen Lehramtsstudenten studieren wollen. Die Lehrerausbildung schreibt vor, daß der Student in zwei Studienfächern die Lehrbefähigung erwirbt. Wegen der Unentschlossenheit, sich zum Zeitpunkt der Befragung auf Unterrichtsfächer festzulegen, war der Anteil der Schüler recht hoch, die zu dieser Frage noch keine Angaben machten. Dennoch ist zu erkennen, daß sich der Ausbildungswunsch auf wenige Studienfächer konzentriert. Mathematik, Deutsch, Biologie und Englisch sind wohl die Lieblingsfächer der Abiturienten, die Lehrer werden wollen. Bemerkenswert ist noch, daß in den beiden letzten Jahren von den angehenden Realschullehrern das Studienfach Sport verstärkt angegeben wurde.

Die Ergebnisse der Hochschulzugangsstatistik können, wie bereits erwähnt, nur als Grobwerte für den zu erwartenden Lehrernachwuchs verstanden werden. Die Absichten der Befragten werden durch den Numerus clausus und andere Faktoren, die bis zum geplanten Studienbeginn auf den Schüler einwirken können, beeinflußt und er ändert vielleicht seine Entscheidung. Dennoch kann z. B. die abnehmende Quote der Studienwilligen, die überhaupt das Lehramt anstreben, für eine Aussage über die Entwicklung des Lehrerangebots als relevante Größe angesehen werden.

Studenten, die Lehrer werden wollen

Nachdem gezeigt wurde, wie die Studienwilligen den Lehrerberuf einschätzen, bleibt zu prüfen, ob die Absichtserklärungen auch realisiert werden konnten. Eindeutige Aussagen hierüber könnte nur eine individuelle Verknüpfung der Daten aus der Hochschulzugangsstatistik mit denen der Studentenstatistik geben. Dies ist für den hier angesprochenen Untersuchungsbereich noch nicht geschehen. Gewisse Erfahrungswerte über die Studienabsichten und ihre Realisierung liegen allerdings im Rahmen einer Auswertung für das Bundesgebiet vor. Das Statistische Bundesamt

führte die Daten der Abiturientenbefragung 1971 und die Studentenstatistik des Wintersemesters 1971/72 zusammen und stellte unter anderem fest, daß etwa 85% der befragten Abiturienten, die sich eine Lehrerausbildung wünschten, auch noch nach der Immatrikulation dieses Ziel verfolgten. Da solche verlaufsstatistischen Aussagen zur Zeit nicht vorliegen, muß es genügen, die Situation des Lehrernachwuchses anhand der Studienanfänger isoliert zu betrachten. Dafür werden die Studienanfänger eines Studienjahres herangezogen. Das sind alle Studenten im ersten Hochschulsemester - Studienzeiten im Ausland bleiben unberücksichtigt - eines Wintersemesters und des darauf folgenden Sommersemesters. Diese Gruppe unterscheidet sich selbstverständlich von dem vorhergegangenen Abiturientenjahrgang. Denn viele studienwillige Abiturienten nehmen das Studium erst später auf oder studieren außerhalb von Schleswig-Holstein, während andererseits Studienanfänger aus anderen Bundesländern sich an den Hochschulen in Schleswig-Holstein immatrikulieren.

Im Studienjahr 1973 zählte man an den Hochschulen in Schleswig-Holstein 3 690 deutsche Studienanfänger. Darunter waren 1 338 Studienanfänger (36%) eingeschrieben, die ein Lehramt anstreben. Dieser Anteil stieg zwar ein Jahr später um einen Prozentpunkt an, jedoch war mit 1 224 die Zahl der jüngsten Lehramtsstudenten geringer. In den folgenden Jahren gingen die Immatrikulationen für das Lehrerstudium sowohl absolut als auch relativ zurück. 1977 hatten nur noch 23% aller Studienanfänger vor, sich zum Lehrer ausbilden zu lassen. Eine Ursache für diesen Rückgang könnte darin vermutet werden, daß die beiden pädagogischen Hochschulen seit 1975 zum Sommersemester keine Studienanträge mehr annehmen. Ein solcher Einfluß

würde sich aber hier höchstens im Umstellungsjahr, also 1975, zeigen können, als die Zugänge zum Sommersemester ausfielen. Im Wintersemester 1975/76 war aber keine entsprechend verstärkte Nachfrage zu beobachten, vielmehr lagen die Zugangszahlen 1976 deutlich unter denen von 1975, obwohl sie wieder einen ganzen Bewerberjahrgang darstellen. Deshalb werden wohl auch hier vor allem die veränderten Berufsaussichten des Lehrers und der Numerus clausus wirksam geworden sein. Wie in der folgenden Tabelle sichtbar wird, sind die Zahlen der Studienanfänger für die einzelnen Schularten unterschiedlich.

Seit 1973 begannen immer weniger Studenten die Ausbildung zum Grund- und Hauptschullehrer oder zum Realschullehrer, wenn auch im Studienjahr 1977 die Anteile der Studienanfänger in diesen Studiengängen wieder anstiegen. Die Entwicklung für das höhere Lehramt verläuft dagegen umgekehrt. 1973 wollte von den jungen Lehramtsstudenten nur jeder fünfte das Lehramt an Gymnasien erwerben, vier Jahre später hatten das 42% aller einschlägigen Studienanfänger vor. Ähnlich stellt sich die Zahlenreihe der Ersteinschreibungen für das Studium zum Sonderschullehrer dar: 1973 errechnete sich für diesen Studiengang ein Anteilswert von 7%, der 1976 auf 17% anstieg, allerdings dann wieder auf 7% zurückfiel.

Das Verhalten der Studienanfänger zeigt also die bei der Hochschulzugangsstatistik beobachtete Tendenz. Bei etwa gleichbleibender Zahl von Studienanfängern ist in den letzten Jahren der Anteil derjenigen, die Lehrer werden wollen, zurückgegangen, wobei analog zu den Absichten der studienwilligen Schüler für die einzelnen Lehrämter die Entwicklung unterschiedlich, und zwar für das Lehramt an Gymnasien sogar gegenläufig ist.

Deutsche Studienanfänger an Hochschulen in Schleswig-Holstein nach der Art der angestrebten Lehramtsprüfung

Studienjahr ¹	Deutsche Studienanfänger insgesamt	darunter mit angestrebter Lehramtsprüfung									
		zusammen ²		davon Lehramt an							
		Anzahl	%	Grund- und Hauptschulen		Sonderschulen		Realschulen		Gymnasien	
				Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1973	3 690	1 338	100	476	36	90	7	496	37	276	21
1974	3 310	1 224	100	410	34	107	9	399	32	308	25
1975	3 575	1 223	100	317	26	129	11	354	29	423	35
1976	3 593	966	100	120	12	166	17	266	27	414	43
1977	3 435	785	100	155	20	57	7	240	31	333	42

1) Studienjahr = Wintersemester plus folgendes Sommersemester

2) Die wenigen Studienanfänger, die Lehramtsprüfungen anstrebten, die keiner der vier Schularten endgültig zugeordnet werden konnten, blieben ebenso unberücksichtigt wie die Lehrerstudenten an der Musikhochschule Lübeck

Nachdem bisher in erster Linie der Zugang zum Lehramtsstudium dargestellt wurde, wird im folgenden stärker die Struktur der Lehramtsstudenten aufgezeigt.

Wie bei den Studienanfängern bleiben auch bei den weiteren Ausführungen die ausländischen Studenten unberücksichtigt; auch beurlaubte Studenten sind in die Datenaufbereitung nicht eingegangen. Das Lehramt an Realschulen kann – wie bereits erwähnt – sowohl an den beiden pädagogischen Hochschulen als auch an der Universität Kiel angestrebt werden. Offensichtlich nehmen einige Studenten in Kiel das Lehrangebot an beiden Hochschulen wahr, und zwar als voll eingeschriebenes Mitglied an der einen und als Nebenhörer an der anderen Hochschule. Vorausgesetzt, daß der Student diesen zweifachen Status ordnungsgemäß der Hochschule meldete, werden Doppelzählungen dadurch vermieden, daß die Nebenhörer unberücksichtigt bleiben.

Im Wintersemester 1972/73 studierten 17 139 deutsche Studenten an den Hochschulen in Schleswig-Holstein. Darunter strebten 5 694 Studenten eine Lehramtsprüfung an, mithin wollte etwa jeder dritte Student Lehrer werden (33%). In den beiden folgenden Wintersemestern stieg dieser Anteil um jeweils einen Punkt. Die Quote der Lehrerstudenten von 35% im Wintersemester 1974/75 blieb ein Jahr konstant. Erst im Wintersemester 1976/77 ging der Anteil der Studenten in der Lehrerausbildung auf 32% zurück, lag damit aber noch immer über dem Bundesergebnis (27%).

Die Ergebnisse der Studentenstatistik lassen das zurückgehende Interesse an einem Lehrstudium nicht in demselben Maße erkennen wie die Studienanfängerzahlen und die Hochschulzugangsstatistik. Das ist verständlich,

denn die veränderte Einschätzung des Lehrerberufs wirkt unmittelbar nur auf den Neuzugang und erst mit einer zeitlichen Verzögerung auf den gesamten Bestand der Studenten. Allerdings könnten Studenten in höheren Semestern durch die neue Berufssituation des Lehrers dahin beeinflusst werden, das Studium zu wechseln oder zu beschleunigen, um einer weiteren Verschlechterung der Einstellungschancen zuvorzukommen, aber auch weiter zu studieren und im Hochschulbereich auf bessere Zeiten zu warten.

Von den 6 107 Studenten, die im Wintersemester 1976/77 eine Lehramtsprüfung anstrebten, waren 3 429 Studenten (56%) weiblichen Geschlechts. Damit zeigt sich, daß die Studentinnen in diesen Studiengängen überrepräsentiert sind: der Anteil der Frauen an allen 18 823 deutschen Studenten betrug nur 38%. Die Geschlechterproportion im Lehrstudium war in den letzten fünf Jahren etwa konstant geblieben. Für die einzelnen Lehrämter zeigen sich aber auch hier Unterschiede. Das Lehramt an Grund- und Hauptschulen und das Lehramt an Sonderschulen zeichnen sich durch hohe Frauenanteile aus. Im Wintersemester 1976/77 gehörten jeweils über 70% der Studenten in diesen Studiengängen zum weiblichen Geschlecht, womit der Anteil der Vorjahre überschritten wurde. Dieses Übergewicht haben die Frauen in

Deutsche Studenten an den Hochschulen in Schleswig-Holstein
nach angestrebter Lehramtsprüfung und Geschlecht

Wintersemester Geschlecht	Deutsche Studenten insgesamt		darunter mit angestrebter Lehramtsprüfung										
			zusammen ¹	davon Lehramt an								sonstiges Lehramt	
	Anzahl	%		Anzahl	%	Grund- und Hauptschulen		Sonderschulen		Realschulen			Gymnasien
					Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
1972/73													
männlich	11 556	67	2 479	44	631	32	99	32	733	39	1 011	66	5
weiblich	5 583	33	3 215	56	1 346	68	206	68	1 128	61	531	34	4
zusammen	17 139	100	5 694	100	1 977	100	305	100	1 861	100	1 542	100	9
1973/74													
männlich	11 554	65	2 619	43	638	32	123	29	778	40	1 074	64	6
weiblich	6 089	35	3 425	57	1 349	68	294	71	1 176	60	603	36	3
zusammen	17 643	100	6 044	100	1 987	100	417	100	1 954	100	1 677	100	9
1974/75													
männlich	11 478	63	2 727	43	557	32	150	28	848	41	1 169	59	3
weiblich	6 678	37	3 628	57	1 194	68	389	72	1 238	59	805	41	2
zusammen	18 156	100	6 355	100	1 751	100	539	100	2 086	100	1 974	100	5
1975/76													
männlich	11 791	62	2 813	43	440	30	194	25	882	42	1 281	57	16
weiblich	7 333	38	3 789	57	1 017	70	580	75	1 213	58	969	43	10
zusammen	19 124	100	6 602	100	1 457	100	774	100	2 095	100	2 250	100	26
1976/77													
männlich	11 744	62	2 678	44	355	29	176	25	821	44	1 311	57	15
weiblich	7 079	38	3 429	56	853	71	519	75	1 058	56	988	43	11
zusammen	18 823	100	6 107	100	1 208	100	695	100	1 879	100	2 299	100	26

1) ohne Lehrerstudenten der Musikhochschule Lübeck

dem Studiengang des Realschullehrers nicht mehr. Gegenüber 1972/73 ging hier der Anteil der Studentinnen um fünf Punkte auf 56% im Wintersemester 1976/77 zurück. Die Ausbildung zum Gymnasiallehrer ist das einzige Lehramt, das mehrheitlich Männer anstreben, jedoch wird dieses Studium zunehmend für Frauen attraktiver. Betrug ihr Anteil im Wintersemester 1972/73 nur 34%, so waren es vier Jahre später schon neun Prozentpunkte mehr.

Die Ergebnisse der Studentenstatistik bestätigen das bei den studienwilligen Schülerinnen beobachtete Verhalten, daß nämlich die Dominanz des Lehrerberufs für Frauen abnimmt. Im Wintersemester 1972/73 strebten von den 5 583 Studentinnen 3 215 (58%) eine Lehramtsprüfung an, 1976/77 hatten das von 7 079 Studentinnen nur noch 3 429 (48%) vor. Dagegen ist der vergleichbare Anteil bei den Männern von 21% im Wintersemester 1972/73 auf 23% im Wintersemester 1976/77 leicht gestiegen.

Weitere Einzelheiten zu der Struktur der Lehramtsstudenten können der vorstehenden Tabelle entnommen werden.

Für die Darstellung des Lehrernachwuchses ist es weiterhin wichtig zu wissen, welche Unterrichtsfächer von den Lehramtsstudenten bevorzugt gewählt werden. Hierzu sind die Angaben der Studenten zu ihren Studienfächern herangezogen worden. Grundsätzlich hat jeder Student, der eine Lehramtsprüfung anstrebt, zwei Fächer zu studieren. Dabei bleibt es unerheblich, in welcher Reihenfolge der Student ein Studienfach in seiner Kombination nennt. In den folgenden Tabellen sind je Lehramt nur die 20 meistgenannten Studiengänge aufgeführt. Der Studiengang ergibt sich aus der Verbindung der Studienfächer mit der jeweiligen angestrebten Abschlußprüfung. Studenten, die über eine Zusatzprüfung ein weiteres Lehramt anstreben, blieben im folgenden unberücksichtigt, so daß geringfügige Abweichungen gegenüber den Zahlen in der vorigen Tabelle möglich sind.

Von den gut 1 200 deutschen Studenten, die im Wintersemester 1976/77 das Lehramt an Grund- und Hauptschulen anstrebten, wurden über 200 verschiedene Studienfachkombinationen genannt. Dabei zeigt sich, daß es keine besonders bevorzugte Kombination gab. Die in der Tabelle genannten Kombinationen wurden von 46% der 1 207 Studenten gewählt. Bemerkenswert ist noch, daß die Studienfächer Deutsch-Lernbereich¹ und Deutsch am häufigsten auftraten: Über 600

Deutsche Studenten für Lehramt an Grund- und Hauptschulen
nach ausgewählten Studienfachkombinationen
Wintersemester 1976/77

Studienfachkombination (L: Lernbereich)	Anzahl der Studenten
Deutsch-L/Biologie	40
Deutsch-L/Sport	40
Deutsch-L/Wirtschaft/Politik	37
Deutsch-L/Textiles Werken	37
Mathematik-L/Sport	37
Deutsch-L/Kunsterziehung	35
Deutsch-L/Religion ev.	34
Deutsch-L/Englisch	33
Deutsch/Kunsterziehung	29
Deutsch/Erdkunde	28
Deutsch/Biologie	26
Deutsch-L/Erdkunde	23
Deutsch-L/Geschichte	22
Deutsch-L/Hauswirtschaft	22
Deutsch/Geschichte	21
Mathematik/Sport	21
Deutsch/Sport	18
Mathematik-L/Textiles Werken	18
Deutsch-L/Musik	17
Mathematik-L/Biologie	16

Deutsche Studenten für Lehramt an Realschulen
nach ausgewählten Studienfachkombinationen
Wintersemester 1976/77

Studienfachkombination	Anzahl der Studenten
Mathematik/Sport	117
Mathematik/Physik	88
Englisch/Sport	74
Deutsch/Sport	65
Deutsch/Geschichte	62
Mathematik/Erdkunde	55
Deutsch/Englisch	53
Deutsch/Kunsterziehung	53
Deutsch/Erdkunde	51
Erdkunde/Sport	44
Erdkunde/Englisch	43
Französisch/Sport	43
Biologie/Chemie	40
Englisch/Französisch	37
Deutsch/Religion ev.	34
Biologie/Deutsch	31
Biologie/Erdkunde	29
Chemie/Mathematik	28
Englisch/Geschichte	28
Biologie/Sport	27

1) gegenüber der reinen Fachbenennung bezeichnet "-Lernbereich" die fachwissenschaftlichen Grundlagen für den Unterricht in der Primärstufe (Vorklasse und Grundschule)

Studenten wählten diese Fächer in insgesamt 42 verschiedenen Kombinationen. Beliebte Studienfächer waren außerdem Sport, Mathematik, Mathematik-Lernbereich, Biologie und Kunsterziehung.

Für das Lehramt an Realschulen waren im Wintersemester 1976/77 1 876 deutsche Studenten eingeschrieben. Insgesamt wurden von diesen Studenten über 150 verschiedene Studienfachkombinationen angegeben, wobei sich über die Hälfte (53%) der zukünftigen Realschullehrer für die in der folgenden Tabelle aufgeführten 20 Studiengänge entschieden. Am häufigsten nannten die Studenten die Kombinationen Mathematik mit Sport oder mit Physik. Überhaupt war nach den vorliegenden Ergebnissen Mathematik favorisiertes Studienfach. 500 Studenten kombinierten es mit einem anderen Fach. Auch Deutsch (482 Studenten), Sport (463), Englisch (372), Biologie (247) und Kunsterziehung (225) wurden bevorzugt für Studienfachkombinationen gewählt. Bei dieser Betrachtungsweise können natürlich Doppelzählungen auftreten, z. B. wenn ein Student Sport und Englisch studiert.

Die 2 280 deutschen Studenten, die im Wintersemester 1976/77 das Lehramt an Gymnasien anstrebten, waren insgesamt in knapp 110 verschiedenen Studienfachkombinationen immatrikuliert. Dort konzentrierte sich die Nach-

frage noch stärker auf 20 Kombinationen als bei den auszubildenden Realschullehrern. Die in der Tabelle aufgeführten Studiengänge wurden von rund 74% dieser Studenten nachgefragt. Allein in den sechs zuerst genannten Studienfachkombinationen waren 36% der Studenten immatrikuliert. Von den einzelnen Studienfächern bevorzugten die Studenten vor allem Deutsch - 562 Studenten wählten dieses Fach zu einer Kombination -, Englisch (557 Studenten), Sport (548 Studenten), Erdkunde (479 Studenten), Mathematik (460 Studenten), Französisch (390 Studenten), Geschichte (372 Studenten) und Biologie (319 Studenten).

Die angehenden Sonderschullehrer haben sich nach einem mindestens zweijährigen Studium des Grund- und Hauptschullehrers für zwei sonderpädagogische Spezialrichtungen zu entscheiden. Sie können zwischen Lern-, Sprach- und Geistigbehindertenpädagogik sowie der Verhaltensgestörtenpädagogik wählen, wobei für alle das Studium der Lernbehindertenpädagogik obligatorisch ist. Nach den Ergebnissen aus dem Wintersemester 1976/77 entschieden sich die meisten der 695 Studenten, die nach dem Grundstudium das Lehramt an Sonderschulen anstrebten, das Pflichtfach mit der Sprachheilpädagogik zu kombinieren. Da die endgültige Entscheidung über die Spezialisierung der zukünftigen Sonderschullehrer erst nach dem Grundstudium gefordert wird, fehlen von den jüngeren Studenten Angaben über die anschließende Fachausbildung zum Sonderschulpädagogen.

Auf eine weitergehende Untersuchung nach Geschlechterproportionen wird verzichtet. Hier soll lediglich erwähnt werden, daß es typische Fachverbindungen für Lehrer und Lehrerinnen gibt. Studienfachkombinationen mit naturwissenschaftlichen Fächern wie Mathematik, Chemie oder Physik werden offensichtlich bevorzugt von männlichen Studenten gewählt. Dagegen sind Sprachen wie Englisch und Französisch Domänen der Studentinnen. Unterstrichen wird dieses geschlechtsspezifische Studienverhalten am Beispiel der Studenten, die das Lehramt an Gymnasien anstrebten. Von den Studenten, die Mathematik/Physik studierten, waren 81% männlichen Geschlechts, von den in Englisch/Französisch eingeschriebenen Studenten zählten dagegen 82% zum weiblichen Geschlecht.

Erste Hinweise darüber, wann wie viele Studenten aus dem Hochschulbereich ausscheiden, um sich auf die zweite Lehrprüfung vorzubereiten, erhält man durch die Fachsemesterangaben der Lehramtsstudenten.

Unter Fachsemester sind dabei die Semester zu verstehen, die im Hinblick auf die im Erhebungssemester angestrebte Abschlußprüfung in einem Studiengang verbracht worden sind. Es werden auch einzelne Semester aus einem

Deutsche Studenten für Lehramt an Gymnasien
nach ausgewählten Studienfachkombinationen
Wintersemester 1976/77

Studienfachkombination	Anzahl der Studenten
Mathematik/Physik	209
Biologie/Chemie	139
Deutsch/Geschichte	137
Englisch/Französisch	124
Mathematik/Sport	102
Deutsch/Englisch	101
Englisch/Sport	90
Erdkunde/Sport	90
Deutsch/Erdkunde	78
Deutsch/Geschichte	77
Deutsch/Sport	76
Biologie/Erdkunde	75
Englisch/Erdkunde	68
Französisch/Sport	62
Erdkunde/Mathematik	60
Biologie/Sport	47
Erdkunde/Französisch	42
Deutsch/Französisch	41
Deutsch/Philosophie	39
Geschichte/Erdkunde	38

Art der Lehramtsprüfung	Deutsche Studenten ins- gesamt	davon im ... Fachsemester								
		1.	2.	3.	4. bis 5.	6. bis 7.	8. bis 9.	10. bis 11.	12. bis 13.	14. und höheren
Lehramt an Gymnasien	2 280	286	61	330	436	305	255	251	164	192
Lehramt an Realschulen	1 876	260	32	251	380	455	332	86	47	33
Lehramt an Grund- und Hauptschulen	1 207	181	2	150	368	379	102	17	4	4
Lehramt an Sonderschulen	695	64	2	165	191	170	93	10	—	—

anderen Studiengang einbezogen, wenn sie angerechnet werden. Dagegen zählen zu den Hochschulsemestern alle Semester, die ein Student an Hochschulen im Bundesgebiet verbracht hat, und zwar unabhängig vom Studienziel und einschließlich von Urlaubssemestern.

Die zeitliche Komponente für den Lehrernachwuchs zeigt die obige Tabelle auf, in der sich die unterschiedlich lange Studienzeit für die einzelnen Lehrämter in der Verteilung der Studenten über die Fachsemester widerspiegelt.

Im Wintersemester 1976/77 waren von den 2 280 deutschen Studenten, die das Lehramt an Gymnasien anstrebten, gut ein Viertel (27%) im zehnten oder höheren Fachsemester. Für die einzelnen Studienfachkombinationen ergaben sich abweichende Anteilswerte. Von den 139 Studenten, die z. B. Biologie/Chemie studierten, hatten über die Hälfte bereits zehn oder mehr Fachsemester für diesen Studiengang aufgewendet, und für die Kombination Mathematik/Physik betrug diese Quote 31%. Mathematik/Sport (19%) oder Englisch/Französisch (22%) sind dagegen Studiengänge, in denen es weniger Studenten mit so vielen Fachsemestern gibt.

Das Studium für das Lehramt an Realschulen wird aufgrund der Studien- und Prüfungsordnungen frühzeitig abgeschlossen. Das findet auch in der Zuordnung der Studenten zu den Fachsemestern seinen Niederschlag: nur 9% der 1 876 Studenten studierten im Wintersemester 1976/77 im zehnten oder höheren Fachsemester. Dieser Anteil war bei den Studenten, die das Lehramt an Grund- und Hauptschulen (2%) oder an Sonderschulen (1%) anstrebten erwartungsgemäß noch geringer.

Mit der Aufgliederung der Studenten nach Fachsemestern auf der Grundlage einer Bestandsstatistik ist noch nichts über die tatsächliche Studiendauer gesagt. Aussagen hierüber gewinnt man aus der Prüfungsstatistik. Die Prüfungsämter werden in jedem Semester nach der Zahl der bestandenen und nicht bestandenen Abschlußprüfungen je Studiengang befragt. Diese Erhebung hat nicht die Informationsvielfalt wie die ebenfalls vom Hochschulstatistikgesetz vorgeschriebene

Befragung der Prüfungskandidaten. Von dieser Individualerhebung liegen allerdings zur Zeit nur Ergebnisse über die absolvierten Fachsemester der Kandidaten vor, so daß für die Darstellung des Studienerfolges auf die Prüfungsamtsstatistik zurückgegriffen werden muß. Dabei werden die Ergebnisse eines Wintersemesters und des darauffolgenden Sommersemesters für ein Prüfungsjahr addiert.

Die Studiendauer wird hier definiert als die Zeit, die ein Student in einem Studiengang einschließlich der Abschlußprüfung verbringt. Sinnvollerweise rechnet man daher den Zeitaufwand in Fachsemestern. Bei der Berechnung der durchschnittlichen Semesterzahlen der Examenskandidaten wird auf die Unterscheidung zwischen erfolgreicher und nicht erfolgreicher Prüfung verzichtet. Exakt wäre die Studiendauer dann umschrieben, wenn nur die Fachsemesterangaben der erfolgreichen und der endgültig gescheiterten Prüflinge in die Rechnung eingingen. Ungenauigkeiten bei der Berechnung der Studiendauer sind außerdem dadurch möglich, daß zwischen der Meldung zur Prüfung und dem Examen selbst noch Prüfungsssemester liegen können, die u. U. nicht mitgezählt werden. Der Einfluß dieser Fehlerquellen auf die Darstellung der durchschnittlichen Studiendauer ist jedoch gering.

Mit Hilfe des arithmetischen Mittels und auf der Grundlage der Fachsemesterangaben der Examenskandidaten des Prüfungsjahres 1976 errechnen sich für die vier Lehrämter unterschiedliche Ergebnisse.

Für das Studium zum Grund- und Hauptschullehrer sind bis zum ersten Staatsexamen im Durchschnitt 7,1 Fachsemester abgelegt worden. Etwas länger studierten die Studenten für das Realschullehrerexamen, nämlich durchschnittlich 8,2 Fachsemester. Die angehenden Sonderschullehrer benötigten eine mittlere Studiendauer von 8,5 Fachsemestern.

Zu der Prüfung zum Sonderschullehrer standen auch solche Kandidaten an, die nach dem Examen für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen nachträglich das Studium gleich am Institut für Heilpädagogik aufgenommen haben. Bei dieser Form der sonderpädagogischen Ausbildung wurden ungewöhnlich wenige Fachsemester angegeben, weil offensichtlich die Fachsemester des Studiums zum Grund- und Hauptschullehrer unberücksichtigt blieben. Da bei der Anwendung des arithmetischen Mittels Extremwerte besonders stark ins Gewicht fallen, wurden die Angaben dieser Kandidaten für die Rechnung nicht mitverwendet.

Die Hochschulausbildung zum Lehrer am Gymnasium dauert erwartungsgemäß am längsten. Zur Prüfung im Jahre 1976 hatten die Examinanden im Schnitt 12,2 Fachsemester absolviert.

Der Mittelwert allein charakterisiert die Studiendauer nur unzureichend, so daß zur

weiteren Kennzeichnung noch die Streuung - und zwar die Standardabweichung - herangezogen wird. Es zeigt sich, daß die Durchschnittswerte beim Lehramt an Sonderschulen und Grund- und Hauptschulen für die meisten Studenten recht gut zutreffen, die Einzelangaben zu den Fachsemestern also wenig um das arithmetische Mittel streuen. Dagegen weichen die Fachsemesterzahlen der zukünftigen Realschullehrer und Gymnasiallehrer stärker vom Mittelwert ab, und zwar durchschnittlich im ersten Fall um 1,8 Fachsemester und im zweiten Fall sogar um 2,3 Fachsemester nach oben und unten.

Teilnehmer an Prüfungen für ein Lehramt

Informationen über den Prüfungserfolg der Lehramtskandidaten liegen seit 1973 aufgrund von Meldungen der Prüfungsämter vor. Die Entwicklung der Ergebnisse kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

Lehramtsprüfungen nach der Art des Lehramtes

Lehramt an		1973	1974	1975	1976
Grund- und Hauptschulen	insgesamt	609	640	697	308 ^a
	bestanden	522	582	583	247
Realschulen	insgesamt	424	459	600	646
	bestanden	390	408	496	540
Gymnasien	insgesamt	134	142	191	182
	bestanden	124	127	173	164
Sonderschulen	insgesamt	45	80	84	135
	bestanden	44	77	75	125
Zusammen	insgesamt	1 212	1 321	1 572	1 271
	bestanden	1 080	1 194	1 327	1 076

a) im Wintersemester 1975/76 keine Abschlußprüfungen

Im Gegensatz zur Handhabung bei den Studentenzahlen sind in dieser Tabelle auch die ausländischen Prüfungskandidaten enthalten. Die vorliegenden Ergebnisse verdeutlichen, daß bis 1975 immer mehr Lehramtskandidaten das erste Staatsexamen ablegten. Die 1976 aufgetretene rückläufige Entwicklung erklärt sich daraus, daß im Wintersemester 1975/76 an den beiden pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen - mit Ausnahme von wenigen Wiederholungsprüfungen - keine Abschlußprüfungen abgenommen wurden, so daß das Prüfungsjahr 1976 nur die Ergebnisse aus dem Sommersemester 1976 umfaßt.

Die Entwicklung von 1973 bis 1976 ist für die einzelnen Lehrämter verschieden. Deutlich zeigt sich die Zunahme des Lehrernachwuchses für Sonderschulen. Gegenüber 1973 hat sich die Zahl der Prüfungskandidaten verdreifacht. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Prüflinge für das Lehramt an Realschulen

um 52% und um 36% für das Lehramt an Gymnasien, bei denen gegenüber 1975 allerdings ein leichter Rückgang zu beobachten war. Aus dem bereits erwähnten Grund verkürzt sich bei den angehenden Grund- und Hauptschullehrern der Vergleichszeitraum auf die Jahre von 1973 bis 1975, wobei sich dann eine Steigerungsrate von 14% ergibt. Diese Zahlen konvergieren nur teilweise mit den Beobachtungen der Studenten- und Studienanfängerzahlen. Die Abnahme z. B. der Studienanfänger, die das Lehramt an Grund- und Hauptschulen und an Realschulen anstrebten, wird in der Prüfungsamtstatistik noch nicht sichtbar, sondern erst nach einer zeitlichen Verzögerung in ungefähr der Höhe der durchschnittlichen Studiendauer. Besonders die verstärkt eingesetzten Immatrikulationen für das Lehramt an Gymnasien werden bei der langen Studiendauer erst um Jahre verzögert auf die Zahl der Examinanden wirken.

Der Prüfungserfolg war bei allen vier Studiengängen hoch und die Unterschiede für die einzelnen Schularten nicht gravierend. Bei den zukünftigen Lehrern an Gymnasien bestanden von 1973 bis 1976 zwischen 89% und 93% der Kandidaten das Examen, während für die angehenden Grund- und Hauptschullehrer der Anteil erfolgreich abgelegter Prüfungen zwischen 80% und 91% lag. Die Erfolgsquoten für das Lehramt an Sonderschulen bewegten sich zwischen 89% und 98%, die für das Lehramt an Realschulen zwischen 83% und 92%.

Die Ergebnisse der Prüfungsstatistik haben gegenüber der Studentenstatistik den Vorteil, daß sie konkrete Berufsvorstellungen widerspiegeln, Befragungen der Schüler, Studienanfänger und Studenten nach Studienabsichten und Berufszielen dagegen den Nachteil, daß die Angaben im Zeitablauf nicht selten revidiert werden. Studienabbruch, Hochschul- und Studiengangwechsel sind für die Planung des Lehrernachwuchses schwer kalkulierbare Faktoren. Die Informationsnähe der Prüfungsstatistik vermeidet diese Planungsunsicherheiten. Doch bleiben auch hier Möglichkeiten der Fehleinschätzung bestehen, denn nicht alle Lehramtskandidaten haben vor, nach erfolgreich abgelegtem ersten Staatsexamen sofort die weitere Lehrerausbildung anzuschließen. Einige der examinierten Studenten beginnen zuerst noch ein Zweitstudium und streben dann erst die zweite Staatsprüfung an; andere wiederum geben nach dem Examen den Lehrerberuf ganz auf. Weiterhin muß an die Möglichkeit gedacht werden, daß die Lehrerausbildung auch in einem anderen Bundesland fortgesetzt werden kann. Auf jeden Fall müssen diese und weitere Faktoren berücksichtigt werden, wenn auf der Grundlage

der Prüfungsstatistik der Lehrernachwuchs prognostiziert werden soll².

2) Über die Ausbildungsabsichten der Lehrerstudenten liegt für Schleswig-Holstein zum Sommersemester 1975 eine Befragung vor. Die Auswertung ist dargestellt in dieser Zeitschrift, Heft 11/12 - 1975

Diese Informationslücken werden bei der Befragung der Lehrerseminare vermieden. Ausführungen zu dem zweiten Teil der Lehrerausbildung, die sich an das Hochschulstudium anschließt, werden demnächst an dieser Stelle gebracht werden.

Friedrich-Karl Wormeck

Zum Erwerbscharakter der landwirtschaftlichen Betriebe

In den Agrarberichten der Bundesregierung werden die landwirtschaftlichen Betriebe seit langem nach ihrem "Erwerbscharakter" gegliedert. Dabei werden die vordergründig so leicht verständlichen Begriffe "Neben-erwerbsbetrieb", "Haupterwerbsbetrieb", "Voll-erwerbsbetrieb" und "Zuerwerbsbetrieb" verwendet. Abgesehen davon, daß die Definitionen¹ für die oben genannten Kategorien sich mehrfach geändert haben, lassen sich mehrere Gruppen von Betrieben nicht oder nicht sinnvoll nach ihnen zuordnen, so etwa Betriebe, deren Inhaber juristische Personen sind. Auch Betriebe, deren Inhaber ihren Betrieb nicht selbst leiten, können nicht einwandfrei zugeordnet werden, da sich hier die Arbeitszeiten und die Einkommensverhältnisse des Betriebsinhabers nicht sinnvoll werten lassen. Insbesondere bei Betrieben mit älteren Betriebsinhabern, wo die Hof-nachfolger bereits die Betriebsleitung übernommen haben und im Betrieb vollbeschäftigt sind, oder in Betrieben, deren Inhaber Frauen sind und wo der Ehemann den Betrieb leitet, kann die Arbeitszeit des Inhabers zu einer sachlogisch mißverständlichen Einstufung des Betriebes führen.

Leider lassen sich die letztgenannten Betriebskreise mit den bisher zur Verfügung stehenden

Auswertungsprogrammen nicht aus dem bei der Agrarberichterstattung erfaßten Betriebskreis aussondern. Andererseits können die im neuesten Agrarbericht gegebenen geänderten Definitionen bisher nur teilweise oder näherungsweise auf die Ergebnisse der amtlichen Statistik angewendet werden. Weil eine lückenlose und den Definitionen des Agrarberichts entsprechende Zuordnung nicht möglich ist, können die nachfolgend dargestellten Daten über die sozialökonomischen Verhältnisse in den landwirtschaftlichen Betrieben Schleswig-Holsteins nur grob mit den Bundesergebnissen im Agrarbericht 1977 verglichen werden. Auf Begriffe wie "hauptberuflich" oder "nebenberuflich" bewirtschaftete Betriebe, die bei früheren Arbeitskräfteerhebungen verwendet wurden und zur Einteilung der Betriebe nach dem Erwerbscharakter dienten, soll nur insoweit eingegangen werden, als die Unterschiede der Ergebnisse je nach Definition und Fragestellung deutlich zu machen sind. Die dargestellten Ergebnisse stammen aus der Agrarberichterstattung 1975, die im Mai 1975 als Stichprobenerhebung in rund 7 000 Betrieben - gegliedert in 20 Schichten - durchgeführt wurde (und der Arbeitskräfteerhebung 1974). Die Fragen nach den Arbeitskräften bezogen sich auf den Monat April 1975 (und Oktober 1974).

1) Die Definitionen im Agrarbericht 1977 (Anmerkungen zur Tabelle 13 auf Seite 26 des Materialbandes) lauten wie folgt:

„In Anlehnung an die EG-Strukturrichtlinie und die nationalen Förderungsgrundsätze für das einzelbetriebliche Förderungsprogramm werden die landwirtschaftlichen Betriebe (einschließlich Garten- und Weinbau) wie folgt in Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe untergliedert:

- Haupterwerbsbetriebe = Betriebsinhaber ist überwiegend im Betrieb tätig und Einkommen des Inhaberehepaares stammt überwiegend aus dem landwirtschaftlichen Unternehmen
- Nebenerwerbsbetriebe = alle anderen Betriebe. Betriebsinhaber ist überwiegend außerbetrieblich tätig und/oder das Einkommen stammt überwiegend aus außerlandwirtschaftlichen Quellen.

Die Haupterwerbsbetriebe gliedern sich in Vollerwerbsbetriebe und Zuerwerbsbetriebe.

- Vollerwerbsbetriebe = außerbetriebliches Erwerbseinkommen des Inhaberehepaares, soweit überhaupt vorhanden, unter 10 % des gesamten Einkommens
- Zuerwerbsbetriebe = alle anderen Haupterwerbsbetriebe mit Anteil des außerbetrieblichen Erwerbseinkommens des Inhaberehepaares von 10 bis unter 50 %.

Die Gliederung der Betriebe nach dem Erwerbscharakter wurde für das Jahr 1976 anhand der Ergebnisse der Agrarberichterstattung 1975 vorgenommen. Für die Vorjahre sind die zur Gliederung benutzten Quellen in den früheren Agrarberichten genannt."

Die folgenden Ergebnisse von 1975 umfassen alle landwirtschaftlichen Betriebe (einschließlich Bereich Gartenbau), deren Inhaber natürliche Personen waren. Die absolute Zahl der Betriebe weicht in den einzelnen Betriebsgrößenklassen also wegen der Aussonderung von Betrieben in der Hand juristischer Personen und wegen der üblichen Unsicherheiten hochgerechneter Stichprobenergebnisse von der Gesamtmasse ab, wie sie aus der totalen Bodennutzungsvorerhebung von 1975 ermittelt worden ist.

Da die Zusammenführung der Daten der Bodennutzungserhebung und der Arbeitskräfteerhebung mit denen der Viehzählung erst nach Ausdruck der Arbeitskräftetabellen vorgesehen ist, kann der Betriebsbereich unter 1 ha LF nicht vollständig dargestellt werden.

Größenklasse der LF in ha	Betriebe, deren Inhaber natürliche Personen sind, insgesamt	davon					
		"Haupterwerbsbetriebe" ¹		"Nebenerwerbsbetriebe" ¹			
		Betriebe	% von Spalte 1	außerbetriebliche Einkünfte ²		zusammen	% von Spalte 1
				größer als betriebliche Einkünfte	kleiner und Inhaber überwiegend anderweitig erwerbstätig		
1 – 5	5 866	856	14,6	4 999	11	5 010	85,4
5 – 10	3 192	1 074	33,6	2 108	10	2 118	66,4
10 – 20	4 694	2 963	63,1	1 537	194	1 731	36,9
20 – 30	6 678	5 968	89,4	529	181	710	10,6
30 – 50	9 185	8 817	96,0	266	102	368	4,0
50 und mehr	5 812	5 550	95,5	180	82	262	4,5
Zusammen	35 427	25 228	71,2	9 619	580	10 199	28,8

1) Nach Definition Agrarbericht 1977

2) des Betriebsinhaberehepaares nach Selbsteinschätzung des Betriebsinhabers

Die folgenden Ergebnisse beschränken sich daher auf die Betriebe ab 1 ha LF.

Nach den gegebenen Definitionen waren 1975 (Übersicht 1) gut 70% aller landwirtschaftlichen Betriebe ab 1 ha LF der Gruppe "Haupterwerbsbetriebe" und fast 30% der Gruppe "Nebenerwerbsbetriebe" zuzuordnen. Im gesamten Bundesgebiet waren nach Berechnungen des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Agrarbericht 1977) rund 60% "Haupterwerbsbetriebe" und 40% "Nebenerwerbsbetriebe", wobei im Agrarbericht, aus dem die Bundesanteile hervorgehen, auch die Betriebe, deren Inhaber juristische Personen waren, einbezogen worden sind.

Wie die Übersicht 1 weiter zeigt, ist der Anteil von "Nebenerwerbsbetrieben" in den Größenklassen unter 20 ha LF besonders groß. In den Betrieben unter 10 ha LF waren 1975 bereits mehr als zwei Drittel der Betriebe nach der gegebenen Definition als "Nebenerwerbsbetriebe" einzustufen. Aber auch unter den größeren Betrieben gibt es solche, deren Inhaberehepaar entweder sehr große außerbetriebliche Einkünfte bezogen oder deren Inhaber überwiegend außerbetrieblich erwerbstätig waren. In den letzteren Fällen dürfte vielfach ein Familienangehöriger oder ein Familienfremder als Betriebsleiter tätig sein, so daß die Einstufung des Betriebes als "Nebenerwerbsbetrieb" problematisch ist.

Bei den Betrieben mit geringer Flächenausstattung, die zu den "Haupterwerbsbetrieben" zählen, dürfte es sich überwiegend

um Spezialbetriebe (z. B. Gärtnereien, Baumschulen, größere Schweinemasten, große Geflügelhaltungen) handeln.

Ein Blick auf andere Bundesländer zeigt - entsprechend der anderen Betriebsgrößenstruktur - einen noch wesentlich größeren Anteil von Nebenerwerbsbetrieben. So waren im April 1975 in Nordrhein-Westfalen 45%, in Bayern 51% und in Baden-Württemberg 59% der landwirtschaftlichen Betriebe ab 1 ha LF als "Nebenerwerbsbetriebe" nach

Übersicht 2
Anteile der "Nebenerwerbsbetriebe"¹
in einigen Bundesländern

Größenklasse der LF in ha	Schleswig- Holstein	Nordrhein- Westfalen	Bayern	Baden- Württem- berg (vorläufige Zahlen)	dagegen Bundes- gebiet
	Anteil in % aller Betriebe, deren Inhaber natürliche Personen sind ²				Anteil in % aller landw. Betriebe ³
1 – 5	85	82	92	86	75
5 – 10	66	65	67	66	49
10 – 20	37	27	25	32	15
20 – 30	11	8	6	9	3
30 – 50	4	4	5	7	1
50 und mehr	5	7	13	11	2
Zusammen	29	45	51	59	39

1) Nach Definition des Agrarberichts 1977

2) Entspricht Übersicht 1;

Quelle: Eigenberechnung aus Arbeitskräfteerhebung April 1975

3) einschließlich Betriebe in der Hand juristischer Personen;

Quelle: Agrarbericht 1977

der im Agrarbericht gegebenen Definition einzustufen. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß der Anteil der "Nebenerwerbsbetriebe" in den mittleren Größenklassen von Norden nach Süden abnimmt. Überwiegend ist jedoch der Anteil der Nebenerwerbslandwirtschaft abhängig von der Betriebsgrößenstruktur der jeweiligen Region.

Die dem Agrarbericht 1977 (Tabelle 13, Materialband) entnommenen Anteile für das Bundesgebiet 1976 erscheinen - obwohl mit den gleichen Definitionen versehen wie sie den eigenen Berechnungen für die ausgewählten Bundesländer zugrunde liegen - insbesondere in den oberen Betriebsgrößenklassen nicht vergleichbar. Es kann hier nicht geklärt werden, wie diese Zahlen errechnet worden sind. Erwähnt wurde bereits, daß im Agrarbericht auch Betriebe in der Hand juristischer Personen enthalten sind; hieraus erklären sich die Differenzen jedoch nur zum kleinen Teil.

Stellt man der neuen Gliederung die aus den Ergebnissen der früheren Arbeitskräfteerhebungen mögliche Unterteilung nach "hauptberuflich" und "nebenberuflich" bewirtschafteten Betrieben gegenüber (Übersicht 3), so zeigen sich gravierende Unterschiede (die geringe zeitliche Differenz - Oktober 1974/ April 1975 - kann bei diesem Vergleich vernachlässigt werden).

Die Zahl der Betriebe, deren Inhaber ihren Beruf Landwirt als "Nebenberuf" ansahen, war um etwa ein Viertel kleiner als die Zahl der Betriebe, die nach den Definitionen des Agrarberichts als Nebenerwerbsbetriebe einzustufen sind. Es ist verständlich, daß der durch Ausbildung und ursprünglichen Berufswunsch erzielte "Hauptberuf" nicht

immer mit der überwiegenden Einkunftsquelle oder mit der überwiegenden Erwerbstätigkeit identisch sein muß. Da im Laufe der vergangenen Jahre und Jahrzehnte viele Landwirte sich auf andere überwiegende Erwerbstätigkeiten in angelernten Berufen umgestellt haben, wird in manchen Fällen "Landwirt" als Hauptberuf angegeben, obwohl er nicht mehr die Haupteinkunftsquelle darstellt.

Übersicht 4

Landwirtschaftliche Betriebe ab 1 ha LF
nach verschiedenen sozialökonomischen Definitionen
im April 1975

	Betriebe mit natürl. Personen als Inhaber	
	Anzahl	%
Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt ¹	35 427	100
darunter Haupteinkunftsbetriebe		
lt. Definition Agrarbericht	25 228	71,2
hauptberuflich bewirtschaftete Betriebe (Oktober 1974)	28 527	(78,9) ¹
Betriebe, deren Inhaber mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigt ² waren	23 423	66,1
darunter mit überwiegenden oder ausschließlichen Einkünften ³ aus dem Betrieb	22 837	64,5
Betriebe, deren Inhaber nicht in außerbetrieblicher Erwerbstätigkeit vollbeschäftigt ⁴ waren	28 779	81,2
Betriebe, deren Inhaber nicht außerbetrieblich erwerbstätig waren	26 774	75,6

1) bezogen auf die Zahl von Oktober 1974, siehe Übersicht 3

2) 4 Wochen und mindestens 43 Stunden wöchentlich mit betrieblichen Arbeiten (ohne Haushaltstätigkeit) beschäftigt

3) des Betriebsinhaberehepaares

4) 4 Wochen und mindestens 40 Stunden wöchentlich außerbetrieblich beschäftigt

Eine Gegenüberstellung der zwei genannten und weiterer Gliederungsmöglichkeiten enthält die Übersicht 4. Hierbei zeigt sich, daß nur in 66% der Betriebe die Inhaber mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigt waren und daß fast durchweg in diesen Betrieben auch die Einkünfte aus dem landwirtschaftlichen Sektor überwogen.

Andererseits waren 81% der Betriebsinhaber nicht außerbetrieblich vollbeschäftigt². Etwa 6 000 Betriebsinhaber (17%) waren demnach weder im Betrieb noch außerbetrieblich vollbeschäftigt², erreichten also nicht die definitionsgemäß geforderten Stunden Arbeitszeit pro Woche im jeweiligen Beschäftigungsbereich. Hierbei dürfte es sich vor allem um ältere oder kranke Betriebsinhaber wie auch um weibliche Betriebsinhaber handeln, denen, soweit es sich um größere Betriebe handelte, Kinder, Ehemann oder auch familienfremde Betriebsleiter zur Seite standen.

Übersicht 3

Haupt- und Nebenberuf der Betriebsinhaber im Oktober 1974

landwirtschaftliche Betriebe ab 1 ha LF

Größenklasse der LF in ha	Betriebsinhaber insgesamt	davon			
		in "hauptberuflich" ¹ bewirtschafteten Betrieben		in nebenberuflich bewirtschafteten Betrieben	
		Anzahl	%	Anzahl	%
1 - 5	5 654	1 326	23,5	4 328	76,5
5 - 10	2 730	1 146	42,0	1 584	58,0
10 - 20	5 837	4 419	75,7	1 418	24,3
20 - 30	7 059	6 872	97,4	187	2,6
30 - 50	9 432	9 321	98,8	111	1,2
50 und mehr	5 464	5 443	99,6	21	0,4
Zusammen	36 176	28 527	78,9	7 649	21,1

1) Der Betriebsinhaber hat bei der Arbeitskräfteerhebung Landwirt, Gärtner o. ä. als seinen Hauptberuf angegeben

2) Definition: siehe Übersicht 4

Die hier aufgezeigte Auswahl von Definitionen und Abgrenzungen zeigt die Mehrdeutigkeit von Begriffen wie "Haupterwerbsbetrieb" und "Nebenerwerbsbetrieb". Je nach Definition kann man 60, 70 oder auch 80% der landwirtschaftlichen Betriebe in Schleswig-Holstein als "Haupterwerbsbetriebe" ansehen.

Noch wesentlich unübersichtlicher wird die weitere Untergliederung der "Haupterwerbsbetriebe" in "Vollerwerbs-" und "Zuerwerbsbetriebe". Die im Agrarbericht gegebene Definition läßt sich auf die im Rahmen der Agrarberichterstattung ermittelten Daten nicht anwenden, da hier weder das Erwerbseinkommen des Betriebsinhaberehepaares noch das Gesamteinkommen ermittelt oder errechnet werden kann. Diese Daten können nur aus Buchführungsergebnissen oder aus Sonderbefragungen gewonnen werden.

Im übrigen ist festzustellen, daß die komplex und mehrfach anders definierten Begriffe "Haupterwerbs-", "Nebenerwerbs-", "Vollerwerbs-" und "Zuerwerbsbetriebe" in der Agrarberichterstattung nur teilweise anwendbar und bis zu einem gewissen Grade unscharf sind. Besonders schwierig wird das Verständnis dieser Begriffe dadurch, daß sie von

- . dem Einkommen und
- . der Beschäftigung her definiert sind.

Während die Einkommen, wie es auch geschieht, nur auf das Betriebsinhaberehepaar bezogen werden können, müßten die Beschäftigungskriterien sinnvollerweise auf den Betriebsleiter bezogen werden, das heißt, bei Heranziehung beider Kriterien könnten nur Betriebe in die Auswertung einbezogen werden, in denen der Betriebsinhaber gleichzeitig Betriebsleiter ist. Darüber hinaus werden diese Begriffe (weil sehr häufig

ohne Definition veröffentlicht und ohne Kenntnis der Definitionen verwendet) mit den Produktions- und Einkommenskapazitäten der Betriebe ("Standardbetriebseinkommen", "Ackernahrung") in Verbindung gebracht, womit Mißverständnisse entstehen können.

Um die komplexen Zusammenhänge nicht von vornherein zu kompliziert erscheinen zu lassen, sollten die Kriterien Einkommen und Arbeitszeiten zunächst nebeneinander - je nach Untersuchungsziel - und erst bei tiefgreifenderen Untersuchungen in Kombination angewendet werden. In den folgenden beiden Übersichten werden die Einkünfte des Betriebsinhaberehepaares einerseits und die Beschäftigung des Betriebsinhabers andererseits zur Gliederung verwendet. Diese Übersichten lassen sich unmittelbar aus den Tabellen der amtlichen Statistik (Arbeitskräfteerhebung, Agrarberichterstattung) erstellen. Wünschenswert wäre darüber hinaus eine Vorspaltengliederung nach dem Betriebseinkommen (T) / Standardbetriebseinkommen als Maßstab für die Betriebsgröße bereits im laufenden Programm der Arbeitskräfteerhebung. Hierzu wären allerdings Änderungen im Konzept der Agrarberichterstattung erforderlich, die es erlauben würden, bereits zu einem früheren Zeitpunkt die Betriebseinkommen (T) für jeden Betrieb zu berechnen.

Die Ergebnisse dieser Auswertungen zeigen (wie nach Übersicht 4 zu erwarten) daß das Bild über den Erwerbscharakter der Betriebe je nach Ausrichtung der Definition - auf die Tätigkeit des Betriebsinhabers oder auf die Einkommensverhältnisse des Betriebsinhaberehepaares - stark differiert. So hatte 1975 fast die Hälfte aller Betriebsinhaberehepaare außerbetriebliche Einkünfte; dagegen ging nur ein Viertel der Betriebsinhaber einer außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit nach.

Übersicht 5 Außerbetriebliche Einkünfte in den landwirtschaftlichen Betrieben ab 1 ha LF im April 1975

Größenklasse der LF in ha	Betriebe, deren Inhaber natürliche Personen sind, insgesamt	davon					
		ohne außerbetriebliche Einkünfte ¹				mit außerbetrieblichen Einkünften ¹	
				kleiner		größer	
		als Einkünfte aus dem landwirtschaftlichen Betrieb					
		Betriebe	%	Betriebe	%	Betriebe	%
1 – 5	5 866	515	8,8	352	6,0	4 999	85,2
5 – 10	3 192	477	14,9	607	19,0	2 108	66,0
10 – 20	4 694	2 150	45,8	1 007	21,5	1 537	32,7
20 – 30	6 678	4 749	71,1	1 400	21,0	529	7,9
30 – 50	9 185	7 286	79,3	1 633	17,8	266	2,9
50 und mehr	5 812	3 989	68,6	1 643	28,3	180	3,1
Zusammen	35 427	19 166	54,1	6 642	18,7	9 619	27,2

1) von Betriebsinhaber und/oder Ehegatte

Die Verbreitung außerbetrieblicher Einkünfte ist wiederum stark abhängig von der Betriebsgröße. Von den Betrieben zwischen 1 und 5 ha LF hatten über 90% außerbetriebliche Einkünfte und 85% größere außerbetriebliche als betriebliche - landwirtschaftliche - Einkünfte. Aber auch noch in den Betrieben ab 30 ha LF hatte ein Viertel der Betriebsinhaberehepaare außerbetriebliche Einkommen. Allerdings übertrafen sie nur in 3% die betrieblichen Einkünfte.

Gliedert man die Betriebe nach dem Umfang der Erwerbstätigkeit des Betriebsinhabers (gemäß seinen Arbeitszeiten), so ergeben sich zwei wesentliche Unterschiede zu der Gliederung nach dem Anteil der außerbetrieblichen Einkünfte.

In allen Größenklassen ist der Anteil der Betriebe, deren Inhaber in geringem Umfang außerbetrieblich erwerbstätig sind (überwiegend betrieblich beschäftigt), wesentlich niedriger als der Anteil der Betriebe mit außerbetrieblichen Einkünften, die kleiner sind als die Einkünfte aus dem landwirtschaftlichen Betrieb. Das bedeutet, daß die außerbetrieblichen Einkünfte geringeren Umfangs zumeist nicht aus Erwerbstätigkeit sondern aus Renten, Pachten, Kapitaleinkommen und anderem stammen. Nur in knapp einem Fünftel der Betriebe mit außerbetrieblichen Einkünften, die kleiner eingeschätzt wurden als die Einkünfte aus dem landwirtschaftlichen Betrieb, war der Betriebsinhaber außerbetrieblich geringfügig erwerbstätig. In den Betrieben, deren außerbetriebliche Einkünfte größer waren als die betrieblichen, waren dagegen gut drei Viertel der Betriebsinhaber auch überwiegend außerbetrieblich erwerbstätig.

Ferner gibt es besonders in den unteren Betriebsgrößenklassen Unterschiede in Zahl

und Anteil der Betriebe mit überwiegend außerbetrieblichen Einkünften einerseits und überwiegend außerbetrieblicher Erwerbstätigkeit andererseits. Letzterer Anteil ist wesentlich niedriger. Ein Grund hierfür mag darin liegen, daß viele Betriebsinhaber trotz längerer Arbeitszeiten im (kleinen) landwirtschaftlichen Betrieb nur geringe Einkommen erzielen oder gar einen Verlust im landwirtschaftlichen Betrieb durch Einkommen aus außerbetrieblicher Erwerbstätigkeit kompensieren, um den Betrieb zu erhalten. Auch können die außerbetrieblichen "Nichterwerbseinkommen", wie Rente, Pacht usw. in den Kleinbetrieben leichter die im allgemeinen niedrigen Einkünfte aus diesen Betrieben übersteigen. Teilweise dürfte es sich auch um "Restbetriebe", das heißt, Flächen von weitgehend aufgelösten mittleren oder größeren Betrieben handeln.

Wenngleich man bei den Angaben über das Verhältnis von außerbetrieblichen zu betrieblichen Einkünften größere Schätzfehler im Einzelfall annehmen muß als bei der Einschätzung der Arbeitszeiten, so erscheinen dennoch die Einkünfte (Übersicht 5) zur Darstellung der sozialökonomischen Struktur landwirtschaftlicher Betriebe besser geeignet zu sein als die Arbeitszeiten (Übersicht 6) und als das früher verwendete Kriterium "Beruf". Andererseits dürfte die Gliederung nach den Arbeitszeiten des Betriebsleiters die betriebswirtschaftliche Seite der landwirtschaftlichen Betriebe im Zusammenhang mit außerbetrieblicher Tätigkeit besser charakterisieren.

Im Tabellenprogramm der Agrarberichterstattung werden die hier dargestellten Gruppen wie bereits im Rahmen der Landwirtschaftszählung 1971/72 noch weiter nach der Art der außerbetrieblichen Einkünfte aufgegliedert.

Übersicht 6 Außerbetriebliche Erwerbstätigkeit der Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe ab 1 ha LF im April 1975

Größenklasse der LF in ha	Betriebe, deren Inhaber natürliche Personen waren, insgesamt	davon Betriebe, in denen der Betriebsinhaber						
		nicht außerbetrieblich erwerbstätig war	außerbetrieblich erwerbstätig war, und zwar					
			überwiegend betrieblich beschäftigt		überwiegend außerbetrieblich beschäftigt		darunter außerbetrieblich vollbeschäftigt	
			Betriebe	%	Betriebe	%		Betriebe
1 – 5	5 866	2 418	41,2	76	1,3	3 372	57,5	3 011
5 – 10	3 192	1 221	38,3	254	8,0	1 717	53,8	1 592
10 – 20	4 694	3 134	66,8	274	5,8	1 286	27,4	1 178
20 – 30	6 678	5 827	87,3	327	4,9	524	7,8	464
30 – 50	9 185	8 688	94,6	217	2,4	280	3,0	258
50 und mehr	5 812	5 486	94,4	139	2,4	187	3,2	145
Zusammen	35 427	26 774	75,6	1 287	3,6	7 366	20,8	6 648

In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, daß sich eine Erfassung der Angaben über die Einkommensverhältnisse im Rahmen einer totalen Bodennutzungserhebung nicht bewährt hat. Wegen des Einsatzes ungeschulter Zähler oder, bei Ausfüllung der Betriebsbogen direkt durch die Betriebsinhaber, wegen fehlender Prüfmöglichkeiten im Zusammenhang mit den personenbezogenen Fragen nach Arbeitszeiten, außerbetrieblicher Erwerbstätigkeit und Bezug von außerbetrieblichen Einkommen erhält man unplausible Ergebnisse. Diese Zahlen von 1974 wurden vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein daher auch nicht veröffentlicht. Ähnliche systematische Abweichungen sind nach den Erfahrungen der Vorkontrollen bei den Ergebnissen aus der totalen Bodennutzungserhebung 1977 zu erwarten.

Neben den erwähnten Kriterien für den Erwerbscharakter landwirtschaftlicher Betriebe, Betriebsgröße nach h_a LF, Betriebsgröße nach Betriebseinkommen (T) (= Standardbetriebseinkommen), Verhältnis der betrieblichen und außerbetrieblichen Einkünfte des Betriebsinhaberehepaares, Ver-

hältnis der Arbeitszeiten des Betriebsinhabers (besser Betriebsleiters) und dem früher gebräuchlichen Hauptberuf bietet die amtliche Statistik im Rahmen der Landwirtschaftszählungen und der Agrarberichtserstattung noch ein weiteres Kriterium: den Aufwand der Betriebe an Voll-Arbeitskräften. Dieser dürfte jedoch, ähnlich wie die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) und das Betriebseinkommen (T), mehr als Maßstab für die Betriebsgröße und, in Verbindung mit dem Betriebseinkommen (T), als Kriterium für die Arbeitsproduktivität und den Rationalisierungsstand der Betriebe auszuwerten sein denn als sozialökonomischer Indikator.

Wie die Überschrift dieses Aufsatzes bereits andeutet, konnte die Problematik der Darstellung des Erwerbscharakters und der sozialökonomischen Verhältnisse landwirtschaftlicher Betriebe, insbesondere aber auch die Fülle des hierzu erarbeiteten und in Zukunft vorliegenden Materials keineswegs erschöpfend und abschließend dargestellt werden. Es konnte nur ein erster Einblick gegeben werden.

Dr. Matthias Sievers

Nachhaltiger Wandel der Bautätigkeit

Die besondere Bedeutung des Baugewerbes für die allgemeine Konjunktur kommt unter anderem in seinem Anteil am Bruttoinlandsprodukt zum Ausdruck. Er betrug 1975 für Schleswig-Holstein 7,5% und für das Bundesgebiet 6,5%. Der Markt für Bauleistungen ist allerdings von 1973 bis 1975 durch eine insgesamt sinkende Nachfrage und durch Schrumpfung der Angebotskapazitäten gekennzeichnet: In den Jahren 1974 und 1975 reduzierte sich die Beschäftigtenzahl im schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbe um jeweils etwa ein Zehntel. Die Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten lagen 1974 und 1975 um ein Drittel unter dem Wert von 1973. Auch die Auftragseingangswerte waren in diesen beiden Jahren geringer als 1973. Erst 1976 war bei den Beschäftigten die Veränderungsrate zum Vorjahr wieder leicht positiv. Die nachkriegsbedingte Wiederaufbauphase ist offensichtlich beendet. Die Struktur der Nachfrage hat sich erheblich gewandelt. Verschiedene Konjunktur- und Strukturprogramme sowie flankierende Maßnahmen zur Stützung der privaten Nachfrage, aber andererseits auch die fiskalisch bedingte Zurückhaltung der öffentlichen Auftraggeber überlagern sich in Wirkung und Einfluß. Die einzelnen Teilmärkte bieten ein sehr unterschiedliches Bild.

Neben dem Beschäftigtenaspekt sind auch Art und Umfang der Produktion wegen der unmittelbaren und nachhaltigen Einwirkung auf den menschlichen Lebensbereich beim Baugewerbe von so erheblichem öffentlichen Interesse wie bei sonst kaum einem Wirtschaftszweig. Während das kurzfristige Berichtssystem des Bauhauptgewerbes sowie das zur Zeit entstehende des Ausbaugewerbes auf die Unternehmen ausgerichtet und damit angebotsorientiert ist und Aufschlüsse insbesondere über den Auslastungsgrad der Kapazitäten gibt, erlaubt die amtliche Bautätigkeitsstatistik (Baugenehmigungen, -fertigungen, -überhang, Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau, öffentliche Tiefbauaufträge) Aussagen über die künftige und die realisierte Nachfrage nach Bauleistungen und über die Veränderungen der Gebäude- und Wohnungssubstanz.

Für die Regionalisierung der Ergebnisse nach Ländern und Kreisen ist bei der Bautätigkeitsstatistik allein die Lage der Baustelle, bei den Statistiken des Baugewerbes der Sitz des Betriebes maßgeblich. Nur Auftrags- und -bestand der monatlich meldenden Betriebe des Bauhauptgewerbes sind außerdem bezüglich der Lage der Baustelle auch nach Ländern getrennt verfügbar. Eine Verknüpfung der Landesergebnisse der Bautätigkeits- und

der Baugewerbestatistiken ist nur unter dieser Einschränkung möglich.

Wohnungsbau

Über die Entwicklung der wirksamen Nachfrage nach Hochbauleistungen liefert von den amtlichen Statistiken diejenige der Baugenehmigungen die aktuellsten Informationen. Wenn auch von den Bauabsichten ein gewisser Prozentsatz nach erteilter Genehmigung nicht zur Ausführung kommt, so sind doch die monatlichen Genehmigungszahlen als Frühindikator von ähnlicher Bedeutung wie die Daten der Auftragseingangs-Statistik im Bauhauptgewerbe. Diese schließen allerdings auch den Tiefbau ein und können somit über die Bauartenstruktur Aufschluß geben: Am Auftragseingangswert des schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbes hatte 1976 der Hochbau einen Anteil von 60% und der Wohnungsbau 36%. Der Wohnungsbau hat damit wieder dieselbe relative Bedeutung wie 1973, nachdem der entsprechende Anteil 1974 und 1975 nur 29% und 31% betragen hatte.

Allerdings haben sich hinsichtlich der Größe der Wohngebäude einige Verschiebungen ergeben, die in der folgenden Tabelle verdeutlicht werden. Hier ist darauf hinzuweisen, daß als Wohngebäude auch gemischt genutzte Bauten zählen, sofern der Wohnzweck überwiegt. Die Zahl der Wohnungen in "Genehmigte Gebäude" enthält auch diejenigen in überwiegend zu anderer Nutzung vorgesehenen Gebäuden (Nichtwohnbauten).

Besonders augenfällig ist die rückläufige Entwicklung im mehrgeschossigen Wohnungsbau seit 1972: Gemessen an der Wohnungszahl betrug das Genehmigungsvolumen neu zu

errichtender Mehrfamilienhäuser (drei und mehr Wohnungen) 1976 nicht einmal mehr ein Viertel des Wertes von 1972. Diese Entwicklung hat in der Öffentlichkeit zu lebhaften Diskussionen geführt, wobei unterschiedliche Gründe genannt wurden. Es kann hier nicht untersucht werden, ob nun die gestiegenen Baukosten, der verstärkte Mieterschutz oder noch andere Ursachen ausschlaggebend waren.

Daß dennoch 1976 erstmals wieder seit 1973 die Zahl der in den genehmigten Gebäuden enthaltenen Wohnungen gestiegen ist (um 7% auf 16 300), liegt insbesondere daran, daß mit fast 10 000 genehmigten neuen Einfamilienhäusern (genauer: Wohngebäude mit einer Wohnung) der höchste Wert der letzten zehn Jahre erreicht wurde und damit auch erstmals in dieser Kategorie mehr Wohnungen als im gesamten übrigen Wohnungsbau genehmigt wurden. Das im August 1975 von der Bundesregierung beschlossene Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen, das staatliche Hilfen zur Bausparzwischenfinanzierung vorsah, hat neben den Bemühungen des Landes zu diesem Anstieg erheblich beigetragen. Kurzfristig realisierbare Bau nachfrage wurde vorgezogen. Auch die Zahl der Genehmigungen zum Bau von Gebäuden mit zwei Wohnungen ist 1976 wieder gestiegen, und zwar um 17% auf 800 Gebäude.

Die Wohnungsgesamtzahl der genehmigten neu zu errichtenden Gebäude war im ersten Halbjahr 1977 um 23% niedriger als im entsprechenden Zeitraum 1976. Bei den Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen beträgt dieser Rückgang sogar 45%. Die Zahl der genehmigten Einfamilienhäuser ist um 15% gesunken. Die unterschiedlichen Abnahmeraten bringen zum Ausdruck, daß bei ins-

Erteilte Genehmigungen zur Errichtung neuer Gebäude

Jahr	Genehmigte Gebäude			Genehmigte Wohngebäude								
	Gebäude	umbauter Raum in 1 000 m ³	Wohnungen	mit 1 Wohnung			mit 2 Wohnungen			mit 3 und mehr Wohnungen		
				Gebäude	umbauter Raum in 1 000 m ³		Gebäude	umbauter Raum in 1 000 m ³	Wohnungen	Gebäude	umbauter Raum in 1 000 m ³	Wohnungen
1967	11 788	15 348,9	25 203
1968	11 523	16 492,3	24 314	7 341	4 298,1	910	765,9	1 820	1 157	4 244,8	14 545	
1969	13 329	20 129,1	28 305	8 448	5 207,7	1 080	939,9	2 160	1 423	5 062,7	16 750	
1970	12 784	20 465,4	27 180	8 362	5 271,3	1 081	955,3	2 162	1 165	4 711,0	15 613	
1971	13 598	21 537,0	33 384	9 325	5 986,5	1 053	974,5	2 106	1 340	6 194,5	21 133	
1972	13 784	22 088,3	32 923	9 255	6 176,2	1 236	1 148,6	2 472	1 403	6 167,1	20 540	
1973	13 456	21 516,4	26 342	9 141	6 279,8	1 095	1 076,1	2 190	1 112	4 855,0	14 597	
1974	10 564	15 611,6	18 596	7 321	5 081,7	761	751,7	1 522	658	2 965,1	9 394	
1975	10 822	16 172,4	15 224	7 453	5 127,9	689	704,3	1 378	505	2 067,5	6 014	
1976	13 244	16 078,2	16 296	9 981	6 894,6	804	823,1	1 608	447	1 417,2	4 371	

gesamt wieder rückläufigem Genehmigungsvolumen die Nachfrage im Wohnungsbau mehr denn je vom Eigenheimbau getragen wird.

Dem Trend zum Eigenheim, der weiterhin durch günstige Kapitalmarktbedingungen unterstützt wird, dürften aber langfristig schon vom vorhandenen Bauplatz her gewisse Grenzen gesetzt sein; auch würden sowohl eine Landschaftsersiedelung als auch eine Abwanderung aus den Stadtkernen den Zielen der Raumordnungs- und Städtebaupolitik zuwiderlaufen.

Die divergierende Entwicklung bei den Genehmigungen von Ein- und Zweifamilienhäusern einerseits und im mehrgeschossigen Wohnungsbau andererseits ist bei den in Fertigteilbauweise zu errichtenden Wohnbauten noch augenfälliger: Bei den Einfamilienhäusern stieg die Zahl der Fertighäuser 1976 gegenüber 1975 um 42% auf 1 660 und damit auch der Anteil am entsprechenden Genehmigungsvolumen von 16 auf 17%. Von den 1976 genehmigten Wohngebäuden mit zwei Wohnungen waren nur 56 Fertigteilbauten (7%). Bei den Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen ist der Anteil des Fertigteilbaus, gemessen an der Zahl der insgesamt genehmigten Wohnungen, 1976 gegenüber dem Vorjahr von 14 auf 8% gesunken. Die Gesamtzahl der Wohnungen aller Gebäudegrößen des 1976 genehmigten Fertigteilbaus ist mit 2 100 etwa so niedrig wie schon 1975.

Bei der geschilderten Entwicklung überrascht es nicht, daß der Wohnungsüberhang, also die von den Genehmigungsbehörden des Landes zum Bau freigegebenen, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen, vom Jahresende 1972 bis zum Ende 1975 um die Hälfte und 1976 noch einmal um 3% auf 22 300 abgenommen hat. Zum Stichtag 31.12.1976 waren davon 44% bereits rohbaufertig und weitere 29% im Bau, aber noch nicht unter Dach. Für 6 100 zu diesem Zeitpunkt bereits genehmigte Wohnungen war mit dem Bau noch nicht begonnen worden. Im Wohnungsüberhang sind 2 000 Wohnungen, für die 1976 die Baugenehmigung erloschen ist, nicht mehr enthalten. Die Zahl der noch nicht begonnenen und auch die Summe aus nicht begonnenen und nicht rohbaufertigen Wohnungen hat zum Jahresende 1976 einen neuen Tiefststand erreicht, das Restbauvolumen ist stark geschrumpft.

Die Betriebe des schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbes hatten Ende 1976 im Wohnungsbau einen Auftragsbestand im Wert von 323 Mill. DM. Dieser Wert, der vierteljährlich zum Quartalsende erhoben wird, war am 31. März 1975 und vor allem Ende 1974 noch geringer gewesen. Es ist zur Zeit nicht

zu übersehen, ob der Trend zur kleineren Gebäudeeinheit im Wohnungsbau sich auch in einer Veränderung der Betriebsgrößenstruktur niedergeschlagen hat. Zwar ist die Zahl der bauhauptgewerblichen Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten seit 1973 in Schleswig-Holstein gestiegen (Juni 1976 gegenüber Juni 1975 um 9%), obwohl die Zahl aller Betriebe von 1973 bis 1975 rückläufig war und erst 1976 wieder anstieg (um 7% auf rund 2 600), bei den reinen Hochbaubetrieben ist aber diese Verschiebung nicht in dem Maße festzustellen. Es ist daher zu vermuten, daß auch die größeren Betriebe im Hinblick auf die geänderte Marktsituation sich verstärkt um Aufträge zum Bau von Eigenheimen bemühen. Nähere Aufschlüsse wird die Totalerhebung im Bauhauptgewerbe 1977 erbringen, deren Ergebnisse im Oktober vorliegen werden.

Die Statistik der Baufertigstellungen ermöglicht außer einer ex-post-Analyse der Bautätigkeit auch die Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes auf der Basis der letzten Gebäude- und Wohnungszählung. Eine solche Totalerhebung hat zuletzt 1968 stattgefunden. Deren auf den 31.12.1967 zurückgerechnetes Ergebnis wird jährlich um den Saldo aus fertiggestellten Einheiten und amtlich bekannt gewordenen Abgängen fortgeschrieben. Die Umwidmung von Wohnraum für andere Nutzungszwecke wird allerdings den Baubehörden nicht immer angezeigt. Eine gewisse Untererfassung des Wohnungsabganges ist auch wegen Wohnungszusammenlegungen und unbrauchbar werdenden Angebots zu unterstellen. Die nächste Gebäude- und Wohnungszählung wird 1981 stattfinden.

Im Jahre 1976 wurden 9 129 Wohngebäude mit 14 600 Wohnungen neu errichtet. Die Verlagerung vom Miet- zum Eigenheimbau äußert sich darin, daß gegenüber 1975 die Zahl der Wohngebäude um 6% zu- und gleichzeitig die der Wohnungen darin um 21% abgenommen hat. Durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden wurden 1976 rund 930 Wohnungen und als Teile der fertiggestellten Nichtwohnbauten weitere 330 Wohnungen geschaffen. Zum Jahresende 1976 gab es damit in Schleswig-Holstein 1,04 Millionen Wohnungen. Die durchschnittliche Wohnungsbelegung hat sich mit 2,5 Personen gegenüber 1975 nicht verändert.

Die Division der Wohnfläche (gesamte in den Wohnungen enthaltene Fläche, ohne Keller und Dachboden und ohne Grundfläche von Treppen innerhalb abgeschlossener Wohnungen) durch die Wohnungszahl der 1976 fertiggestellten Wohngebäude ergibt eine durchschnittliche Wohnungsgröße für Ein- und Zweifamilienhäuser von 113 qm und für

Fertiggestellte Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnbau nach dem Bauherrn
alle Baumaßnahmen

Jahr	Alle Bauherren	davon									
		öffentliche Bauherren	gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen				sonstige Wohnungsunternehmen	Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen)		private Haushalte	
			Wohnungen		Wohnungen						
			Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%
1967	28 694	976	3,4	8 108	28,3	3 721	13,0	3 530	12,3	12 359	43,1
1968	25 771	633	2,5	7 890	30,6	3 161	12,3	4 031	15,6	10 056	39,0
1969	24 110	842	3,5	6 254	25,9	3 367	14,0	3 408	14,1	10 239	42,5
1970	22 039	447	2,0	4 681	21,2	2 930	13,3	3 171	14,4	10 810	49,0
1971	28 276	556	2,0	6 019	21,3	4 732	16,7	4 578	16,2	12 391	43,8
1972	31 546	371	1,2	6 961	22,1	4 630	14,7	5 230	16,6	14 354	45,5
1973	35 246	1 029	3,3	6 904	21,9	4 829	15,3	8 566	27,2	13 918	44,1
1974	27 543	454	1,7	7 056	25,6	3 695	13,4	4 387	15,9	11 951	43,4
1975	19 609	500	2,5	4 581	23,4	2 502	12,8	2 609	13,3	9 417	48,0
1976	15 857	152	1,0	2 000	12,6	1 890	11,9	2 244	14,2	9 571	60,4

Mehrfamilienhäuser von 68 qm. Nahezu alle 1976 fertiggestellten Wohnungen hatten Zentralheizung und Bad. Etwa 11% wurden mit öffentlichen Mitteln gefördert.

Der Rückgang des mehrgeschossigen Wohnungsbaus ist insbesondere auf die Zurückhaltung der gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen zurückzuführen. Der an der Zahl der jährlich fertiggestellten Wohnungen (alle Baumaßnahmen) gemessene Anteil dieser Bauherrngruppe ist 1976 gegenüber dem Vorjahr von 23% auf 13% gesunken, während der der privaten Haushalte von 48% auf 60% gestiegen ist. Die sonstigen Wohnungsunternehmen waren Bauherr für 12% (Vorjahr 13%) der fertiggestellten Wohnungen. Weitere 14% ließen die Nicht-Wohnungsunternehmen und nur 1% die öffentlichen Bauherren errichten. Bauherr im Sinne dieser Statistik ist derjenige, in dessen Namen und für dessen Rechnung das Bauvorhaben durchgeführt wird.

Die skizzierte Entwicklung der Wohnungsbau-tätigkeit sollte nicht zu dem Schluß verleiten, daß es kaum noch einen Bedarf an Wohnungen gebe. Wenn auch die Bevölkerungszahl weiter abnimmt, so ist dennoch nicht mit einer geringer werdenden Haushaltszahl zu rechnen. Bei der Ermittlung des Wohnungsbedarfs sind die Veränderungen in der Altersstruktur und der Mobilität der Bevölkerung, die gestiegenen Ansprüche hinsichtlich der Wohnfläche und -qualität, die einkommensabhängige Nachfrage nach Zweitwohnungen und vieles mehr zu berücksichtigen. Die Vielfalt der Komponenten erschwert eine Prognose des

Wohnungsbedarfs erheblich. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat in einer Studie¹ für die Bundesrepublik bis 1985 als Bedarf einen je nach dem Ausmaß der Abrisse und Wohnungszusammenlegungen jährlichen Rohzugang (Neubauten) von 320 000 bis 500 000 Wohnungen ermittelt. Nicht mehr der "Neubau am Stadtrand", sondern der Ersatzwohnbau werde im Vordergrund stehen. Die nicht ganz 400 000 im Bundesgebiet 1976 fertiggestellten Wohnungen (- 10% gegenüber 1975 und Tiefstwert seit 1950) liegen also in der Mitte dieser Bandbreite. Aufschlüsse über die Qualität des derzeitigen Gebäudebestandes und der Wohnraumversorgung, über die Mieten und ihre Relation zu den Einkommen und über die Wohnumwelt soll eine bundesweite Repräsentativerhebung, die "1%-Wohnungsstichprobe", im April nächsten Jahres liefern.

Nichtwohnbau

Die Zahl der 1976 in Schleswig-Holstein genehmigten neuen Nichtwohngebäude lag um 7% unter dem Wert von 1975. Gemessen am umbauten Raum ergab sich sogar ein Rückgang von 16% und bei den veranschlagten reinen Baukosten von 19%, und zwar jeweils etwa auf das Niveau von 1974. Bei dem für langfristige Vergleiche geeignetsten Merkmal "umbauter Raum" ist in den letzten zehn Jahren nur im Rezessionsjahr 1967 ein niedrigerer Wert registriert worden. Das 1976 genehmigte Nichtwohnbauvolumen war aber dennoch größer als in allen Jahren

1) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung – Wochenbericht 26/77

Baugenehmigungen im Nichtwohnbau 1967 bis 1976

Errichtung neuer Gebäude

Jahr Halbjahr							Genehmigte Nichtwohngebäude insgesamt			
	Anstalts- gebäude	Büro- gebäude	Landwirt- schaft- liche Betriebs- gebäude	Gewerbliche Betriebs- gebäude	Schulen	Sonstige Nicht- wohn- gebäude	Gebäude	umbauter Raum in in 1 000 m ³	ver- anschlagte reine Baukosten in in Mill. DM	Wohnungen
1967	54	109	450	704	66	394	1 777	5 241	427	366
1968	66	142	562	870	66	409	2 115	7 184	547	608
1969	74	158	572	1 056	73	445	2 378	8 899	691	947
1970	53	176	446	913	107	481	2 176	9 528	902	1 043
1971	51	182	349	883	79	336	1 880	8 382	875	820
1972	45	145	406	828	97	369	1 890	8 596	956	656
1973	34	156	589	859	66	404	2 108	9 306	1 083	414
1974	41	113	607	616	62	385	1 824	6 813	912	359
1975	64	122	787	805	45	352	2 175	8 273	1 124	379
1976	33	87	879	663	48	302	2 012	6 943	911	336
1. Hj. 1974	20	42	253	270	24	200	809	2 692	365	209
2. Hj. 1974	21	71	354	346	38	184	1 014	4 121	547	150
1. Hj. 1975	22	56	259	327	23	170	857	3 482	516	171
2. Hj. 1975	42	66	528	478	22	182	1 318	4 791	608	208
1. Hj. 1976	17	53	353	343	20	165	951	3 601	448	198
2. Hj. 1976	16	34	526	320	28	137	1 061	3 343	463	138
1. Hj. 1977	13	29	361	321	16	135	875	2 586	348	140

zwischen 1950 und 1967. Beim Vergleich mit 1975 ist die im Dezember 1974 von der Bundesregierung beschlossene befristete Investitionszulage zu berücksichtigen, für deren Erlangung bei Bauvorhaben unter anderem erforderlich war, daß der Genehmigungsantrag spätestens bis zum 30. Juni 1975 gestellt wurde. Die obige Tabelle enthält deshalb auch die Werte der letzten sieben Halbjahre.

Das von der Investitionszulage noch unbeeinflusste Genehmigungsvolumen des zweiten Halbjahres 1974 war relativ groß. Obwohl die Antragsfrist für die Zulage abgelaufen war, wies auch in 1975 sowohl hinsichtlich des umbauten Raums als auch der veranschlagten reinen Baukosten die zweite Jahreshälfte höhere Werte auf als die erste. Dies kann mit der Bearbeitungsspanne erklärt werden, die zwischen Eingang der Anträge bei den Bauämtern und dem Erteilen der Genehmigung liegt. Die Auffassung, die Investitionszulage würde nur zu vorgezogener Ausführung ohnehin geplanter Bauvorhaben und damit lediglich zu einer Verschiebung der Nachfragerückgänge führen, wird durch die Werte für 1976 weder widerlegt noch bestätigt: Einerseits liegen sie nicht unter denen des Jahres 1974, andererseits hätte die seitdem verbesserte Konjunkturlage eine regere Bautätigkeit als 1974 erwarten lassen. Auch ein reiner "Vorzieheffekt" hätte konjunkturpolitisch durchaus erwünscht sein können, wenn er eine Verstärkung der Nachfrage bewirkt hätte. Allerdings hat sich der Rückgang

des Jahres 1976 im ersten Halbjahr 1977 fortgesetzt: Gemessen am umbauten Raum nahm das Genehmigungsvolumen abermals ab, und zwar gegenüber Januar bis Juni 1976 um über ein Viertel und gegenüber dem zweiten Halbjahr 1976 um über ein Fünftel.

Die Auftragseingangsstatisik im Bauhauptgewerbe gibt ein analoges Bild. Sie weist für den gewerblichen, industriellen und landwirtschaftlichen Hochbau der Monate Juni bis Oktober 1975 so hohe Werte aus, daß die entsprechende Jahressumme 1975 um fast 60% über dem Wert von 1974 lag. Der Wert der von Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft im Hochbau erteilten Aufträge lag 1976 nur um 16% unter dem Wert von 1975, in der ersten Hälfte 1977 allerdings wiederum um 3% unter der Summe der Monate Januar bis Juni 1976. Entsprechend war der Bauüberhang im Nichtwohnbau (neue Gebäude), gemessen am umbauten Raum, zum Jahresende 1976 um über ein Zehntel geringer als ein Jahr zuvor. Außerdem war über die Hälfte (Ende 1975 etwa 40%) dieses Bauvolumens bereits unter Dach. Das 1975 aufgebaute Auftragspolster dürfte sich auch 1977 weiter verringern.

Die 1976 fertiggestellten Nichtwohnbauten hatten ein um 1% höheres Gesamtvolumen als 1975. In Schleswig-Holstein wurden nicht ganz 2 000 Nichtwohngebäude mit 7,4 Mill. m³ Rauminhalt fertiggestellt. Gemessen wiederum am umbauten Raum entfielen davon 49% auf gewerbliche und 16% auf landwirtschaftliche

Betriebsgebäude, 9% auf Bürogebäude, 7% auf Schulen, 4% auf Anstalts- und 16% auf sonstige Nichtwohngebäude. Vom Gesamtvolumen wurden 74% von Unternehmen und freien Berufen und 24% von öffentlichen Bauherren erstellt. Der Anteil des Fertigteilbaus ging auch im Nichtwohnbau zurück, und zwar von etwa 17% im Jahre 1975 auf 15% 1976. Lediglich bei den landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden gab es 1976 mit 9% einen höheren Anteil des Fertigteilbaus als 1975 (7%).

Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand

Die Statistik der Auftragsvergaben im Tiefbau umfaßt alle Tiefbauaufträge, die von der öffentlichen Hand - mit Ausnahme der Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern - vergeben werden und deren Wert über 25 000 DM liegt. Im Jahre 1976 wurden in Schleswig-Holstein 2 265 solcher Aufträge mit einem Gesamtwert von 653 Mill. DM statistisch erfaßt. In Verbindung mit diesen Aufträgen wollten die Bauherren Material im zusätzlichen Wert von 17 Mill. DM stellen. Der Wert aller Aufträge hat sich gegenüber dem des Jahres 1975 um 2% verringert.

Der Bund hatte mit 44% (1975 = 38%) den größten Anteil am wertmäßigen Vergabevolumen. Der Anteil der Gemeinden sank 1976 gegenüber dem Vorjahr um fünf Punkte auf 29%, der der Gemeindeverbände um vier Punkte auf 7%. Das Land hat ebenso wie der Bund 1976 in höherem Gesamtwert als 1975 Aufträge vergeben. Der Landesanteil

stieg von 14% auf 18%. Die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts und diejenigen juristischen Personen des privaten Rechts, an denen die öffentliche Hand maßgeblich beteiligt ist, vergaben 1976 Tiefbauaufträge im Wert von 20 Mill. DM (3% des Gesamtwertes).

Etwas mehr als die Hälfte der Mittel (52% oder 338 Mill. DM) wurde 1976 für Straßen- oder Straßenbrückenbauten vergeben. Der Bund ist dabei mit 54% der größte Auftraggeber. Die Tiefbauten an Bundeswasserstraßen (einschließlich Tiefbauten an Häfen) wurden fast ausschließlich von Land (63%) und Bund (30%) finanziert und machten nicht ganz ein Zehntel des gesamten Auftragsvolumens aus. Die wasserwirtschaftlichen Tiefbauten im Werte von 142 Mill. DM trugen zur guten Hälfte die Gemeinden und zu einem Viertel das Land.

Der durchschnittliche Auftragswert lag 1976 mit 289 000 DM um 7% höher als 1975, aber um 6% niedriger als 1974. Die Wertgrößenstruktur zeigt 1976 gegenüber den Vorjahren einen relativ hohen Anteil (45%) der Millionenaufträge am gesamten Auftragsvolumen. In den kleineren Wertkategorien ist die Auftragssumme absolut und auch in Relation zum gesamten Vergabewert gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen.

Der Entwurf eines Zweiten Gesetzes über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit und die Fortschreibung des Gebäudebestandes (2. BauStatG), das durch eine Neugestaltung

Auftragsvergaben im Tiefbau nach der Wertgrößenklasse

Jahr	Auftrags- vergaben insgesamt	Davon mit einem Auftragswert (ohne gestelltes Material) von ... bis unter ... DM											
		25 000 bis 100 000			100 000 bis 500 000			500 000 bis 1 Million			1 Million und mehr		
		Wert			Wert			Wert			Wert		
		Anzahl	in 1 000 DM	%	Anzahl	in 1 000 DM	%	Anzahl	in 1 000 DM	%	Anzahl	in 1 000 DM	%
Art der Tiefbaumaßnahme				v.Sp.2			v.Sp.2			v.Sp.2			v.Sp.2
1971	2 046 523 014	1 002	55 080	10,5	831	181 089	34,6	157	107 953	20,6	56	178 892	34,2
1972	2 098 519 590	996	53 440	10,3	895	203 993	39,3	131	87 792	16,9	76	174 366	33,6
1973	2 139 535 410	1 050	54 810	10,2	865	196 509	36,7	145	98 291	18,4	79	185 800	34,7
1974	2 193 672 271	1 012	54 191	8,1	868	197 726	29,4	186	128 566	19,1	127	291 787	43,4
1975	2 462 665 121	1 236	62 694	9,4	927	216 041	32,5	198	140 249	21,1	101	246 138	37,0
1976	2 265 653 492	1 153	59 555	9,1	828	188 274	28,8	162	111 781	17,1	122	293 882	45,0
davon (1976)													
Straßenbauten	924 301 322	391	22 056	7,3	391	89 121	29,6	79	53 749	17,8	63	136 397	45,3
Straßenbrückenbauten	95 36 974	29	1 465	4,0	41	11 821	32,0	19	13 551	36,7	6	10 136	27,4
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen ¹⁾	95 61 032	50	2 658	4,4	28	6 247	10,2	6	4 855	8,0	11	47 272	77,5
wasserwirtschaftliche Tiefbauten ²⁾	460 141 929	197	10 711	7,5	197	45 583	32,1	39	27 128	19,1	27	58 508	41,2
sonstige Tiefbauten	691 112 235	486	22 666	20,2	171	35 502	31,6	19	12 498	11,1	15	41 569	37,0

1) einschließlich Tiefbauten an Häfen

2) einschließlich Abwasseranlagen und Landeskulturbauten

der Bautätigkeitsstatistik das Berichtssystem verbessern soll und zur Zeit im Bundesrat beraten wird, sieht eine Einschränkung der Auftragsvergabestatistik im Tiefbau vor: Die Wertuntergrenze der zu erfassenden Aufträge soll von 25 000 DM auf 100 000 DM angehoben werden. Auch eine völlige Streichung dieser Statistik ist aus Kostengründen erwogen worden. Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V. plädiert in seinem "Bauindustriebrief" 5/1977 dafür, diese Statistik in der bisherigen Form weiterzuführen, weil sonst Informationen unter anderem über die Wertgrößenstruktur der Aufträge verloren gingen.

Bund und Land im Vergleich

Die geschilderten Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik beziehen sich auf das Land Schleswig-Holstein. Die folgende Tabelle soll durch Gegenüberstellung ausgewählter Veränderungs-raten einen unmittelbaren Vergleich der Entwicklung in Bund und Land ermöglichen.

Die Genehmigungs- und Auftragsvergabebe-zahlen unterliegen stärkeren Schwankungen als etwa Fertigstellungs- oder Produktionswerte, bei denen sich die Pufferwirkung der Auftragsbestände im Baugewerbe verstetigend bemerkbar macht. Die Unterschiede der Veränderungs-raten im Zeitablauf einerseits und zwischen Bund und Land andererseits sind dennoch erstaunlich hoch. Trotz der größeren statistischen Grundmasse weist - mit Ausnahme des Nichtwohnbaus - das Bundesgebiet genauso hohe Schwankungen der Veränderungs-raten auf wie Schleswig-Holstein. Außer in den Jahren 1972 und 1973, die die Wende vom letzten Bauboom zur jetzt noch anhaltenden Krise in der Bauwirtschaft brachten, hatten die Veränderungs-raten von Bund und Land immerhin dasselbe Vorzeichen, wenn man von den zwar gegenläufigen, aber geringen Veränderungen im Tiefbau 1975 einmal absieht. In den Krisen-jahren 1974 bis 1976 konvergierte die Entwicklung der vier ausgewählten Merk-

Jährliche Veränderungs-raten des Hoch- und Tiefbauvolumens in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet

Jahr		Erteilte Baugenehmigungen zur Errichtung neuer Gebäude			Öffentliche Auftrags- vergaben im Tiefbau
		im Wohnbau		im Nicht- wohnbau	
		Wohnungen in Gebäuden mit			
		1 und 2	3 und mehr	umbauter Raum	Auftragswert
		Wohnungen			
Zu- oder Abnahme gegenüber Vorjahr in %					
1971	Bund	+ 13,6	+ 18,4	- 0,6	- 12,0
	Land	+ 8,6	+ 35,4	- 12,0	- 23,6
1972	Bund	+ 4,7	+ 12,0	- 2,2	+ 22,6
	Land	+ 2,6	- 2,8	+ 2,6	+ 0,7
1973	Bund	- 8,6	- 18,7	- 3,1	+ 2,9
	Land	- 3,4	- 28,9	+ 8,3	+ 3,0
1974	Bund	- 20,5	- 49,8	- 17,6	+ 13,3
	Land	- 22,0	- 35,6	- 26,8	+ 25,6
1975	Bund	- 3,8	- 22,2	+ 8,3	+ 1,3
	Land	- 0,1	- 36,0	+ 21,4	- 1,1
1976	Bund	+ 17,4	- 14,7	- 16,2	- 1,5
	Land	+ 31,2	- 27,3	- 16,1	- 1,7

male zwischen Bund und Land in größerem Maße als vorher. Die beschriebene scherenförmige Entwicklung im Wohnbau war in den letzten beiden Jahren in Schleswig-Holstein stärker ausgeprägt als im Bundesgebiet: Die Genehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser nahmen 1976 gegenüber dem Vorjahr um 14 Prozentpunkte mehr als im Bundesgebiet zu, die Wohnungszahl der genehmigten Mehrfamilien-Wohnbauten sank 1975 um 36% (Bund nur 22%) und 1976 um 27% (Bund nur 15%). Im Nichtwohnbau weist bis auf 1976, als die Veränderungs-raten nahezu gleich waren, das Land absolut höhere und 1972 und 1973 auch gegenläufige Veränderungs-raten auf.

Bernd Struck

ERLÄUTERUNGEN: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“. Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Bei Größenklassen bedeutet z. B. „1 - 5“: „1 bis unter 5“. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.
p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.
Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null
- 0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos
- ... = Zahlenwert noch nicht bekannt

Energieverbrauch der Industrie

Eine kostengünstige Energieversorgung ist für die Industrie seit jeher ein wichtiges Entscheidungskriterium bei der Standortwahl. Noch vor weniger als zwei Jahrzehnten war die Kohle der Energieträger Nummer eins. Da der Transport des "schwarzen Goldes" über große Entfernungen sich natürlich in seinem Preis niederschlägt und damit die Produktionskosten erhöht werden, war die "Revierferne" des Landes Schleswig-Holstein eine der Ursachen für seinen geringen Industriebesatz. Der mit dem wirtschaftlichen Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg aufkommende Einsatz von Heizöl und Naturgas dürfte diesen Standortnachteil erheblich gemildert haben.

Im Rahmen der monatlichen Berichterstattung melden die Betriebe der verarbeitenden Industrie auch ihren Verbrauch an Strom und Brennstoffen. Die Angaben schließen die als Rohstoff für die Produktion verwendeten Mengen mit ein. Zu Beginn der Berichtsperiode beschränkte sich die Fragestellung auf Kohle und Strom, 1953 wurde sie auf Kokereigas – auch als Orts- oder Stadtgas bekannt – ausgeweitet, ein Jahr später trat Heizöl hinzu und 1969 schließlich Erd- und Erdölgas. Tatsächlich wurden die neu einbezogenen Energieträger schon einige Jahre vor ihrer erstmaligen statistischen Erfassung von der Industrie eingesetzt, Kokereigas sehr wahrscheinlich erheblich früher. Das Gesamtbild wird dadurch aber nur wenig verzerrt.

Der Heizölverbrauch stieg in den letzten 20 Jahren auf mehr als das Dreifache. Aus dem zunehmenden Anteil leichten Öls (von anfangs weniger als 10 % auf mehr als 20 %) kann gefolgert werden, daß selbst Betriebe mit einem relativ geringen Energiebedarf, für die sich die technisch erheblich aufwendigeren Anlagen zum Verbrennen schwerer, aber billigerer Sorten nicht rentieren, dennoch auf Heizöl umgestellt haben. Im gleichen Zeitraum wurde der Gasverbrauch vervierfacht, eine Folge der ständig verbesserten Versorgung mit Erdgas, dessen Anteil am Gesamtgasverbrauch heute bereits 80 % ausmacht. Der Stromverbrauch stieg seit 1956 auf die dreifache Menge; von betriebseigenen Anlagen wurde demgegenüber nur knapp doppelt soviel Strom erzeugt. Nur die Kohle hat an dem wirtschaftlichen Aufschwung der Nachkriegszeit nicht teilgenommen und damit

auch ihre ehemalige Monopolstellung in der Energieversorgung der Industrie gründlich eingebüßt. Nahmen die Industriebetriebe in Schleswig-Holstein um 1950 jährlich fast 1 Mill. t (SKE) Kohle ab, so waren es 1976 nur noch rund 240 000 t (– 75 %).

Wie rasant der Verdrängungsprozeß verlaufen ist, wird aber erst richtig sichtbar, wenn man – was im rechten Teil der Tabelle geschehen ist – die natürlichen Mengen der Energiearten nach Maßgabe ihres Wärmeinhalts auf einen Nenner bringt und damit addierbar macht. 1950, am Anfang der Reindustrialisierung, war die Kohle mit einem Anteil von mehr als 90 % noch absoluter Spitzenreiter. Das änderte sich mit dem Vordringen des Heizöls auf dem Energiemarkt sehr rasch: schon 1961 hatte das Heizöl sich den ersten Platz (46 %) erobert und die Kohle auf weniger als die Hälfte ihres früheren Anteils (44 %) reduziert. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre setzte mit dem Beginn der überregionalen Erdgasversorgung Schleswig-Holsteins ein erneuter Wandel der Energie-Verbrauchsstruktur der Industrie ein. Der Gasverbrauch, bis dahin in seiner absoluten Größe ziemlich konstant, schnellte innerhalb eines Jahrzehnts (von 1966 bis 1976) auf die vierfache Menge hoch. Die elektrische Energie konnte ihre Stellung in der Versorgung der Industrie – im Gegensatz zum anderen konventionellen Wärmelieferanten, der Kohle – kontinuierlich ausbauen. Dabei ist ihr sicherlich auch ihre Umweltfreundlichkeit zugute gekommen. Trotzdem nahm sie 1976 in der Rangliste der Energieträger mit 10 % – nach der Kohle (11 %) – noch den letzten Platz ein. Als absoluter Sieger ist also das Heizöl aus dem Wettbewerb der konkurrierenden Energiearten hervorgegangen; es deckt heute zwei Drittel der gesamten industriellen Energienachfrage ab.

1976 verbrauchte die verarbeitende Industrie in Schleswig-Holstein "nur" etwa doppelt soviel Energie wie 1950; gleichzeitig stieg die erzeugte Gütermenge um das Fünffache an. Diese unterschiedliche Entwicklung dürfte unter anderem mit darauf zurückzuführen sein, daß sich die Produktionsstruktur in dem langen Zeitraum gewandelt hat.

Jahr	Energieverbrauch der verarbeitenden Industrie (Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten)											
	Natürliche Mengen							Wärmeäquivalent in Steinkohle-Einheiten				
	Heizöl		Gas		Kohle	Strom		ins-gesamt	Heizöl	Gas	Kohle	Strom ²⁾
	ins-gesamt	schwer	ins-gesamt	Erdgas		ins-gesamt	aus Eigen- erzeugung 1)					
	1 000 t		Mill. m ³ (H ₀ =8 400 kcal/m ³)		1 000 t SKE	Mill. kWh		1 000 t SKE				
1950	.	.	.	-	969	358	136	(997)	.	.	969	27
1951	.	.	.	-	955	415	149	(988)	.	.	955	33
1952	.	.	.	-	940	455	150	(978)	.	.	940	37
1953	.	.	49	-	885	546	180	(988)	.	58	885	45
1954	157	.	52	-	937	612	191	1 271	219	62	937	52
1955	238	.	62	-	969	702	218	1 436	333	74	969	60
1956	309	.	68	-	931	736	222	1 509	433	81	931	63
1957	321	.	73	-	948	793	236	1 552	449	87	948	68
1958	378	.	73	-	892	864	250	1 584	529	87	892	76
1959	488	.	62	-	722	907	243	1 562	684	75	722	82
1960	546	507	71	-	787	997	261	1 727	765	85	787	91
1961	602	545	69	-	816	1 054	266	1 839	843	83	816	97
1962	670	593	60	-	733	1 107	291	1 843	938	72	733	100
1963	789	695	55	-	649	1 169	367	1 919	1 105	66	649	99
1964	840	733	57	-	669	1 288	404	2 022	1 176	68	669	109
1965	920	792	54	-	644	1 422	436	2 119	1 288	65	644	121
1966	937	787	60	-	576	1 481	451	2 086	1 312	72	576	127
1967	952	791	67	.	507	1 531	474	(2 050)	1 333	(80)	507	130
1968	968	780	65	.	482	1 636	489	(2 056)	1 355	(78)	482	141
1969	1 058	842	117	50	490	1 749	465	2 269	1 481	140	490	158
1970	1 130	906	145	76	400	1 871	442	2 331	1 582	174	400	176
1971	1 124	895	154	103	312	1 920	408	2 256	1 574	184	312	186
1972	1 142	897	160	112	245	1 983	412	2 229	1 598	192	245	193
1973	1 201	952	165	124	332	2 120	436	2 419	1 681	199	332	207
1974	1 152	932	160	123	380	2 140	442	2 393	1 612	192	380	209
1975	978	768	190	133	249	2 004	389	2 046	1 369	228	249	199
1976	1 006	791	263	211	238	2 197	421	2 181	1 408	316	238	218

1) Diese Mengen sind auch mit ihren Einsatzstoffen (Kohle, Heizöl), also doppelt, nachgewiesen

2) ohne in betriebseigenen Anlagen erzeugte elektrische Energie, die über ihre Einsatzstoffe (Kohle, Heizöl) nachgewiesen ist

Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

Durch Rationalisierung der in den landwirtschaftlichen Betrieben anfallenden Arbeiten mit Hilfe des technischen Fortschritts im weitesten Sinne sowie durch Verlagerung von Arbeiten in Bereiche außerhalb der Landwirtschaft konnte die Zahl der in den landwirtschaftlichen Betrieben überhaupt beschäftigten wie auch der vollbeschäftigten Personen innerhalb der vergangenen 25 Jahre auf weniger als die Hälfte reduziert werden. Während von 1949 bis 1960 teilweise noch ein Abbau des kriegs- und nachkriegsbedingten Überbesatzes an Arbeitskräften, insbesondere an familienfremden Arbeitskräften (Flüchtlinge), stattfand, ist der Rückgang während der letzten 15 Jahre allein aufgrund des oben genannten technischen Fortschritts möglich geworden. Von 1960 bis 1974/75 nahm die Zahl der mit betrieblichen und Haushaltstätigkeiten vollbeschäftigten Familienarbeitskräfte um fast 50 % ab, die Zahl der ständigen familienfremden Arbeits-

kräfte sogar um mehr als 70 %. Allein während der letzten zehn Jahre, von 1964/65 bis 1974/75 wurde der betriebliche Arbeitsaufwand – gemessen in AK-Einheiten – von 8 auf 5 AK je 100 ha LF, d. h. um 40 % reduziert.

Berücksichtigt man die von Jahr zu Jahr gesteigerten Produktionsmengen an pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen, so ergibt sich daraus eine sehr beachtliche Erhöhung der Arbeitsproduktivität der in der Landwirtschaft verbleibenden Personen. Nach dem Agrarbericht 1977 der Bundesregierung wurde die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft im Bundesgebiet – dargestellt als Bruttoinlandprodukt zu Preisen von 1962 je Erwerbstätigen – von 1965/66 bis 1975/76 um durchschnittlich 7,8 % pro Jahr gesteigert, die der übrigen Wirtschaft um 3,6 % pro Jahr.

Jahr	Landwirtschaftliche Betriebe mit 2 und mehr ha LF (LN) insgesamt	LF (LN) der Betriebe in ha		Im Betrieb einschließlich Haushalt beschäftigte				Ständige familienfremde Arbeitskräfte zusammen	AK-Einheiten	
		insgesamt	je Betrieb	Betriebsinhaber		Familienangehörige			insgesamt	je 100 ha LF (LN)
				zusammen	darunter vollbeschäftigt	zusammen	darunter vollbeschäftigt			
1949	54 226	1 125 810	20,8	s 54 018 ^a	s 48 500 ^a	s 102 901	s 95 625	103 386	.	.
1956	.	.	.	52 397	43 772	86 798	76 441	.	.	.
1960	49 365	1 130 775	22,9	48 944	39 100	83 018	71 345	39 118	.	.
1964/65	46 020	1 125 891	24,5	45 817	36 397	74 187	60 490	27 622	89 242	7,9
1966/67	44 834	1 120 691	25,0	44 302	35 051	71 370	55 647	21 865	81 321	7,3
1968/69	42 694	1 113 974	26,1	41 587	31 517	66 358	49 058	19 284	73 735	6,6
1970/71	37 600	1 116 213	29,7	36 607	28 368	59 935	44 229	16 539	67 370	6,2
1972/73	34 783	1 112 997	32,0	34 103	25 842	52 020	37 006	13 330	57 611	5,1
1974/75	32 963	1 105 885	33,5	32 739	24 701	49 777	34 234	10 959	54 151	4,9

Anmerkung: LF = landwirtschaftlich genutzte Fläche, LN = landwirtschaftliche Nutzfläche (vor 1970);

AK-Einheit = Maßeinheit für die betriebliche Arbeitsleistung einer ganzjährig vollbeschäftigten und nach ihrem Alter voll leistungsfähigen Arbeitskraft (einschließlich des Arbeitsaufwandes für die Betreuung der familienfremden Arbeitskräfte in Kost und Wohnung)

a) einschließlich (wenige) Betriebsinhaber unter 14 Jahren

Zur Methode

Die Darstellung beschränkt sich auf die Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF), vor 1970 landwirtschaftlicher Nutzfläche (LN); ferner sind nur natürliche Personen berücksichtigt im Alter von 14 und mehr Jahren.

Die Zahlen für 1949 und 1960 entstammen den jeweils im Mai durchgeführten Landwirtschaftszählungen. Die übrigen Zahlen

den Betriebsgrößenauszahlungen aus den Bodennutzungsvorerhebungen (Betriebe, LF) und den Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebungen (Beschäftigte, AK), die aus jeweils vier bzw. zwei Monatsbefragungen errechnet worden sind. Die Methoden der Zuordnung zu den Vollbeschäftigten und der Errechnung der AK-Einheiten haben sich innerhalb der Vergleichszeit mehrfach geändert; es muß hier auf die Spezialveröffentlichungen des Statistischen Landesamtes (Statistische Berichte) verwiesen werden. Die hier veröffentlichten Zahlen dürften jedoch in der Größenordnung ausreichend vergleichbar sein.

Fischerei

Die Fangmengen der kleinen Hochsee- und Küstenfischerei Schleswig-Holsteins schwankten – insbesondere an der Westküste – je nach Witterung, Fangerfolgen und teilweise auch der Marktlage erheblich. Die Steigerung der Fangleistungen an der Ostseeküste im Vergleich zur Vorkriegszeit war im wesentlichen durch Umstellung der küstengebundenen Kutterfischerei auf die Hochseekutterfischerei begründet, wegen des Zuzugs vieler heimatvertriebener Fischer aus Ostdeutschland.

An der Westküste lieferten die Muscheln 1974 und 1975 den größten Gewichtsanteil an der Gesamtfangmenge der kleinen Hochsee- und Küstenfischerei. In den Jahren davor brachten die Krabben den größten Anteil. Die Gesamtanlandungen an Krabben schwankten von Jahr zu Jahr sehr stark. Dabei konnte eine recht stetige Menge als Speisekrabben abgesetzt werden, so daß in den Jahren mit hohen Fangergebnissen ein sehr großer Anteil von der Futtermittelindustrie aufgenommen werden mußte. Von den Fischarten waren Kabeljau und Hering noch die wichtigsten, obwohl die absoluten Mengen der Anlandungen an der Westküste nicht bedeutend waren. Wesentlich größer waren die Anlandungsmengen dieser beiden Fischarten an der Ostküste. Langfristig waren hier die Fangmengen an Heringen rückläufig, während sich bei Kabeljau keine eindeutige Tendenz abzeichnet.

Während die kleine Hochseefischerei in der Nord- und Ostsee durch Fischkutter betrieben wird, fischen die Fangfahrzeuge der großen Hochseefischerei

(Fischdampfer, Motortrawler) mittels Schleppnetzen u. a. vor Island, Grönland und der norwegischen Küste. Vor dem Kriege hatte Schleswig-Holstein keinen Anteil an den Fängen dieser Fischereibetriebsart. Von 1949 bis 1971 landeten Fahrzeuge der großen Hochseefischerei am Seefischmarkt Kiel an. Die Fänge bestanden im wesentlichen aus Heringen, Kabeljau und Rotbarsch. 1971 stellte die große Hochseefischerei ihre Anlandungen in Kiel aus ökonomischen Gründen ein.

An der großen Heringsfischerei mit Loggern war Schleswig-Holstein durch die Glückstädter Heringsfischerei beteiligt. Fanggebiet ist die Nordsee. Das Erzeugnis der Loggerfischerei ist der gleich nach dem Fang gekehlte und auf See gesalzene Hering. 1969 wurden letztmalig Löschungen der Logger in Glückstadt registriert.

Neben der Hochsee- und Küstenfischerei kommt auch der Binnenfischerei auf Seen, Flüssen und Teichen in Schleswig-Holstein eine gewisse Bedeutung zu. 1972 wurden 82 Betriebe der Seen- und Flußfischerei und 121 Betriebe mit Teichwirtschaft und Fischzucht mit Fangmengen von 263 t bzw. 668 t Speisefischen im Jahre 1971 erfaßt und zwar nur Betriebe, die diese Betriebszweige zu Erwerbszwecken betrieben. Die nicht unbedeutende Hobby- und Sportfischerei blieb dabei unberücksichtigt.

Anlandungen der See- und Küstenfischerei in Schleswig-Holstein

Jahr	Kleine Hochsee- und Küstenfischerei der Westküste					Kleine Hochsee- und Küstenfischerei der Ostküste			Große Hochsee- fischerei zusammen	Große Herings- fischerei zusammen 2)
	zusammen	davon				zusammen	darunter			
		Speise- fische	Speise- krabben	Muscheln	Sonstiges 1)		Hering	Kabeljau (Dorsch)		
Anlandungen in t										
D 1937/38	14 344	1 648	.	601	12 095	6 618	3 944	.	-	5 088
1950	22 057	48	1 719	2 598	17 692	38 381	18 638	6 674	10 985	3 914
1955	30 428	11	3 674	5 800	20 943	38 585	12 858	7 718	29 085	4 181
1956	22 592	67	3 495	2 279	16 751	41 281	16 824	8 036	31 500	4 906
1957	29 492	1 228	3 523	2 594	22 147	43 266	11 293	13 396	26 166	5 929
1958	30 027	686	3 968	6 822	18 551	40 409	13 780	11 342	20 710	5 909
1959	30 950	247	2 607	10 722	17 374	33 698	8 210	9 878	24 469	6 093
1960	24 752	733	1 903	10 879	11 237	36 384	11 126	11 872	23 027	4 901
1961	25 074	1 407	2 234	9 171	12 262	35 680	10 140	14 095	21 233	4 938
1962	15 033	713	2 198	3 163	8 959	39 127	14 550	11 672	20 918	4 051
1963	16 786	519	3 602	1 934	10 731	30 678	13 436	8 431	20 884	5 507
1964	13 683	303	3 197	1 309	8 874	33 891	10 976	11 109	23 632	3 844
1965	20 070	1 412	3 041	3 537	12 080	32 070	9 533	10 875	22 435	3 248
1966	34 294	1 679	3 937	6 878	21 800	30 457	9 885	8 574	23 209	2 452
1967	24 755	2 292	2 613	6 938	12 912	36 813	11 138	9 258	28 825	2 213
1968	29 534	1 421	4 864	6 951	16 298	35 227	9 601	12 150	29 126	4 043
1969	27 472	547	5 105	1 909	19 911	32 786	8 890	11 730	29 066	2 255
1970	33 914	846	5 635	5 266	22 167	34 227	8 177	13 972	25 979	-
1971	20 867	1 442	4 135	1 519	13 771	31 176	7 743	11 339	4 252 ^a	-
1972	12 813	1 258	4 285	2 766	4 504	25 979	6 279	10 670	-	-
1973	23 555	674	3 669	6 102	13 110	28 054	5 224	15 981	-	-
1974	32 255	1 014	5 183	11 476	14 582	25 959	6 326	11 850	-	-
1975	21 299	1 169	5 126	12 014	2 990	27 540	7 729	10 325	-	-

1) überwiegend Fischmehlware

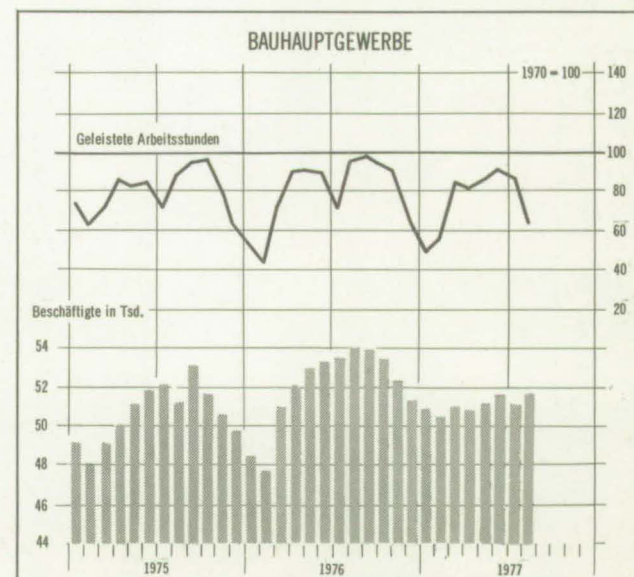
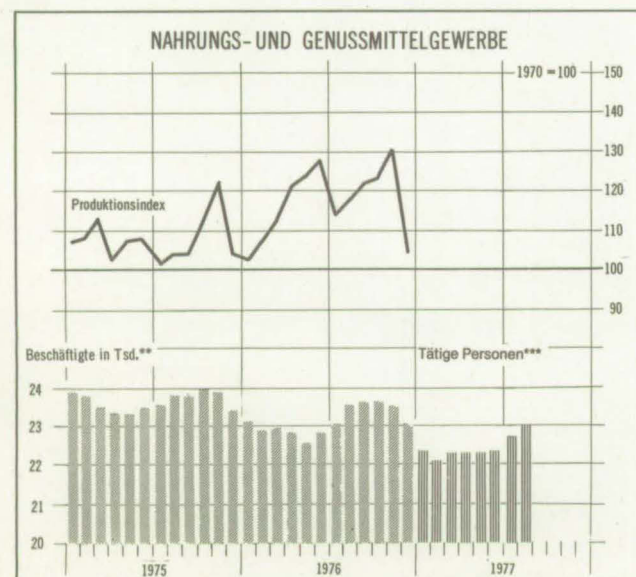
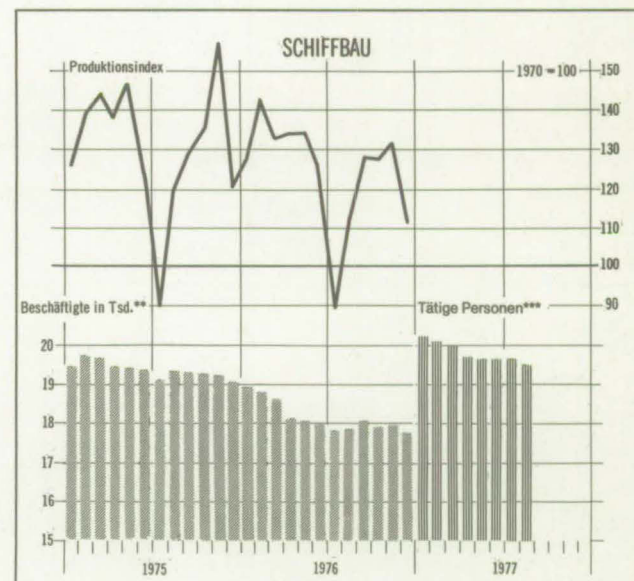
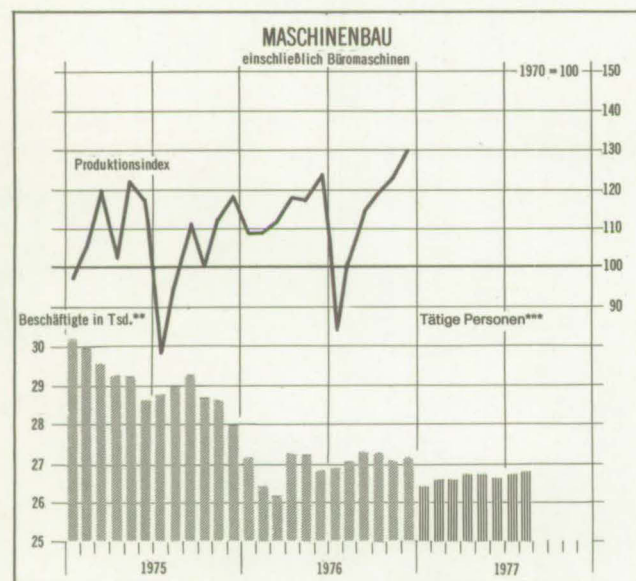
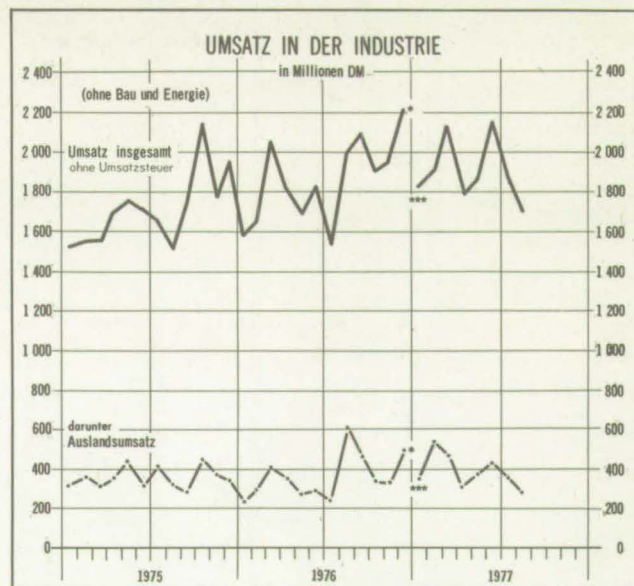
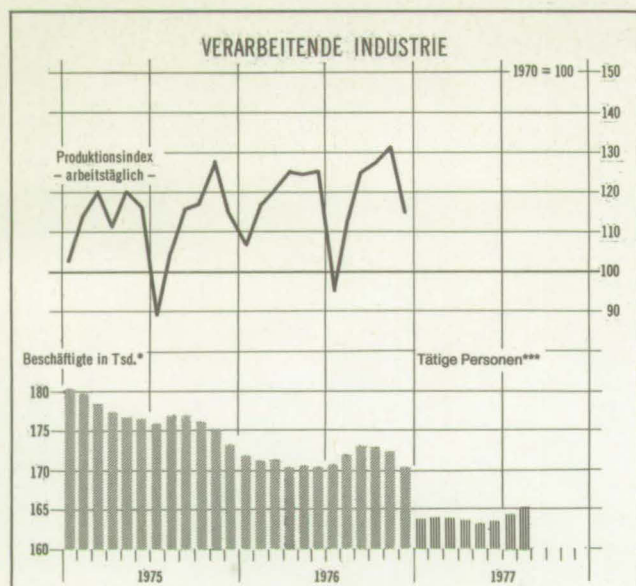
2) ohne Anlandungen aus Frischheringsfang; Angaben geschätzt; die Mengen sind umgerechnet in Frischhering: 1 Kantje = ca. 70 kg Salzhering, entspricht 1 dz Frischhering

a) bis einschließlich April, ab Mai 1971 in Kiel keine Anlandungen mehr, nur noch Einsendungen per LKW

Quelle: Landesfischereiamt des Landes Schleswig-Holstein (Meldungen der Fischer und Erzeugergemeinschaften)

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

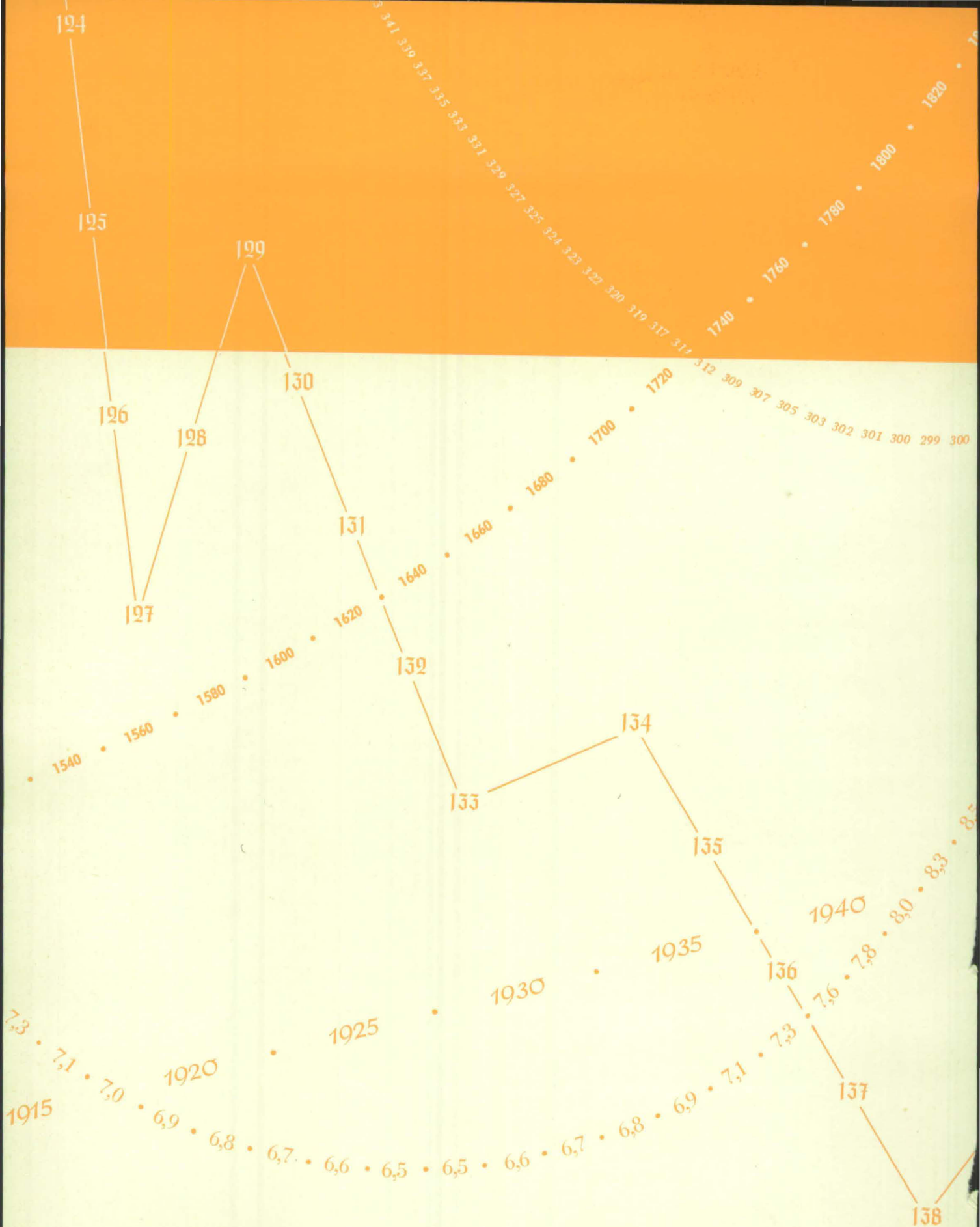
Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeitnehmerdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten

**) in fachlichen Betriebsteilen von Industriebetrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten

***) Ergebnisse für Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 5 11 41

Postanschrift: Postfach 11 41, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Arnold Heinemann

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 – Auflage: 750

Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

– Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird –

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen